

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich
ausgibt. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 12. März 1908.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Veranstaltungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

Nr. 30.

Gewerkschaftliche Neutralität.

XIX.

Haben wir bisher die Neutralitätsfrage mehr von wirtschaftlichen Gesichtspunkten behandelt, so steigert sich ihre Bedeutsamkeit, wenn wir noch einen Ausfluß auf das politische Gebiet unternehmen. Allmählich setzt sich hier der Gedanke in der Gewerkschaftsbewegung durch, daß man in ihr um die Erörterung politischer Fragen nicht herumkommt. Auch in unserer Organisation treibt die Entwicklung zu der Erkenntnis, daß es zu einer zwingenden Notwendigkeit wird, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen. Geschieht das aber einmal, sind die Konsequenzen, welche sich daraus ergeben, nicht abzusehen. Mit Recht wird geltend gemacht, daß das weite Gebiet des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherungs-gesetzgebung, der Gewerbeordnung, der Arbeitsverträge, überhaupt die gesamte Sozialpolitik die Gewerkschaften aufs engste berühren. Ihre Wünsche und Forderungen in diesen Fragen an Regierung und Parlament gelangen zu lassen, ist aber nur auf dem Wege der politischen Agitation möglich. Jahrzehntelang haben hier die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bei der Vertretung ihrer Interessen an eine politische Partei sich angeschlossen und sich selbstverständlich damit allgemein solidarisch haftbar mit bestimmten parteipolitischen Tendenzen und Bestrebungen gemacht. Warum das so sein mußte, wissen die Leser aus den früheren Darlegungen. Aus der gedachten geschichtlichen Entwicklung heraus versteht sich die Tatsache, daß man lange Zeit in Gewerkschaftskreisen es als ganz selbstverständlich fand, daß die Gewerkschaften sich mit Sozialpolitik nicht zu beschäftigen hätten, das besorge „die Partei“. Diese Auffassung trat noch entschieden hervor auf der Konferenz der Gewerkschaftsredakteure 1898 in Gotha und auf dem Gewerkschaftskongresse 1899 in Frankfurt a. M. In dieser Auffassung hat sich aber inzwischen eine bemerkenswerte Wandlung vollzogen, die allerdings ganz natürlich mit dem Wachstume der Gewerkschaften konform ging. Auch hier macht sich für den tiefer denkenden Gewerkschaftler das lehrreiche Beispiel geltend, daß die Gewerkschaften sukzessive eine parteipolitische Abhängigkeit abzustreifen beginnen — trotz der Übereinstimmung in Jena, Mannheim und Stuttgart.

Den praktischen Ausdruck dafür finden wir auch in unserer Organisation durch die gestellten Änderungsanträge zum § 1 unsers Statutes, daß dort an Stelle des Wortes „politischen“ gesagt werden soll: „parteipolitischen“. Was ist das im Prinzip anderes als das Bestreben, in den Gewerkschaften Arbeiterpolitik treiben zu wollen, wie ich das 1900 bereits in meinen Artikeln über die Schrift des Professors Sombart, in bestimmter Form 1902 auf der Generalversammlung in München und später in meinem Artikel: „Die Probe aufs Exempel“ verlangt habe. Denn was ist Arbeiterpolitik? Nichts anderes als reine Klassenpolitik. Nur scheinen mir die Antragsteller sich nicht ganz klar darüber zu sein, welche Konsequenzen sie mit ihren Anträgen auf sich genommen haben. Ich bin mir klar darüber, daß mit einer dementsprechenden Änderung unsers Statutes der erste Schritt getan ist zur Verwirklichung einer selbständigen Politik

der Gewerkschaften, nicht nur auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Mit dem Essen kommt eben der Appetit. Leitet man den Gewerkschaften politische Funktionen zu, beschränken sich solche auf die Dauer nicht auf ein bestimmtes Gebiet, sondern sie dienen zur Loslösung von allen ideellen und materiellen Beziehungen zu irgend einer politischen Partei, welche in Verfolg der geschichtlichen Entwicklung bisher für die Gewerkschaften diese Funktionen ausgeübt hat. Ich bezweifle, daß die betreffenden Antragsteller solche Konsequenzen gezogen wissen wollen, dann bleibt aber nur die Schlußfolgerung übrig, daß trotz der Betonung des Satzes „mit Ausschluß aller parteipolitischen Fragen“ in Wirklichkeit nur Parteipolitik getrieben werden kann. Ganz gleichgültig, ob man das will oder nicht. „Niemand wandelt ungestraft unter Palmen“, und die Gewerkschaften können nur reine Arbeiter-(Klassen-)politik oder Parteipolitik treiben. Was will man also? Treiben die Gewerkschaften aber nur Klassenpolitik — und Arbeiterklasse und Gewerkschaften sind dafür die sich deckenden Begriffe —, dann können sie es nur mit allen Konsequenzen tun oder gar nicht: dann sind die Gewerkschaften „die Partei“. Ich will mich über diese Anträge heute nicht weiter verketten, da sie ja in Köln eine eingehende Beleuchtung erfahren werden und darauf Bezügliches aus meinen fernern allgemeinen Darlegungen sich ergeben wird.

Kurz zusammengefaßt ist die Situation nun die folgende: Der Arbeiter muß sich wirtschaftlich und politisch betätigen. Wie geschieht das? Darauf gibt uns für die Vergangenheit die Geschichte der Arbeiterbewegung die Antwort: indem der Arbeiter in ein politisches und ein gewerkschaftliches Leben halbiert wird, das man mit vieler Mühe zusammenzuleimen versucht. An der Bruchstelle geht natürlich die Geschichte immer wieder aus dem Reime. Warum? Nicht nur der Mensch, auch die Menschheit ist ein Ganzes, deshalb muß ohne Rißton das eine in das andre fließen; es muß eine natürliche, harmonische Verbindung, etwas sich gegenseitig Ergänzendes vorhanden und der Politiker und der Gewerkschaftler eins sein. Ist aber eine Gewerkschaft in ihren Aufgaben und Zielen so abgestimmt, daß diese nicht reiflos im politischen Parteileben aufgehen, bleibt eine Differenz zurück. Wir müssen aber eine Einheitlichkeit in diesen Dingen haben; das ist zurzeit nicht der Fall: siehe das Bedürfnis gewerkschaftlicher Neutralität. Deshalb auch meine Worte: „Die Neutralität der Gewerkschaften ist der Ausdruck der Schwierigkeiten für die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterbewegung“. Nun kommt die weitere Frage: Wer bestimmt das politische Verhalten der Gewerkschaftler? Diese selbst? Nein, vielmehr eine politische Partei, auf deren Tätigkeit, die sie auch im Namen der Gewerkschaften ausübt, diese gar keinen Einfluß ausüben können. Der Gewerkschaftler kann auch außerhalb seiner Gewerkschaft einen Einfluß auf diese Partei nicht gewinnen, wenn er nicht ausdrücklich das Programm jener Partei anerkennt. Das ist aber ein Gewissenszwang, den ein freidenkender Mensch ablehnt, wenn er sich nicht auf den Standpunkt stellen will: „Der Zweck heiligt das Mittel.“ In seinen Konsequenzen genommen wird also eine Arbeiter-

politik seitens einer bestimmten politischen Partei getrieben, die anzuerkennen kein Gewerkschaftler verpflichtet ist. Ein solcher Zustand ist auf die Dauer nicht haltbar. Entweder wird eine völlige Übereinstimmung zwischen den Gewerkschaften und der gedachten politischen Partei praktisch herbeigeführt und die Verpflichtung anerkannt, daß jeder Gewerkschaftler unbedingt auch der s.-d. Partei anzugehören hat, oder die Gewerkschaften treiben eine selbständige Arbeiter-(Klassen-)politik. Ein Drittes gibt es nicht. Man kann mittels gewagter Klügelien und einem entsprechenden Aufwande von Sophistik über diese Situation hinwegtäuschen, aber anders diese wichtige Frage nicht zur Lösung bringen.

Wenn die politischen Interessen der Arbeiter nicht von den Gewerkschaften, sondern einzig und allein nur von der Sozialdemokratie vertreten werden, dann dürfen die Gewerkschaften nicht mit einer verlegenen Phrase der Neutralität abgesehen von dieser Partei stehen, sondern müssen mit fliegenden Fahnen zu ihr übergehen, dann ist das Wort berechtigt: „Die Führer der Gewerkschaften müssen überzeugte Sozialdemokraten sein“; dann sind die Gewerkschaften nur, aber auch nur Rekrutenschulen für die Sozialdemokratie, damit können die Gewerkschaften nur Mittel zum Zwecke sein, dann fort mit der unwürdigen Heuchelei der Selbstständigkeit, der Unabhängigkeit der Gewerkschaften und an die Stelle dieser Verschleierung der wirklichen Tatsachen das freudige offene Bekenntnis, daß alle Gewerkschaftsarbeit nur eine vorbereitende Hilfsaktion für die Sozialdemokratie ist. Dann muß in den Gewerkschaften das Mitglied erst zum Sozialdemokraten erzogen werden, dann muß aber auch an die Spitze einer jeden Gewerkschaft eine unentwegt sozialdemokratische Leitung! Oder die Gewerkschaften sind prinzipiell neutral, dann muß hier die Entscheidung fallen und der Weg gesucht werden für ein reformerisches einheitliches Arbeiterprogramm der Gewerkschaften auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete. Dann wird eine reine Arbeiterpartei die unausbleibliche Folge sein. Bei dem gegenwärtigen Stande der deutschen Gewerkschaftsbewegung tut uns Klarheit dringend not. Daß diese Klarheit infolge der geschichtlichen Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung ohne weiteres zu schaffen ist, daran glaube ich nicht, aber dafür stehe ich ein: in einem Jahrzehnt wird entweder die Sozialdemokratie ein revisionistisches Programm oder die Gewerkschaften werden sich in jeder Beziehung von der s.-d. Partei losgelöst haben. Ich sage das ohne jede Animosität gegen die Sozialdemokratie, sondern nur auf Grund langjähriger Beobachtungen auf den einschlägigen Gebieten. Wo man heute das Wort „Arbeiterbewegung“ ausspricht, kann es nur unter dem Begriffe der Gewerkschaften verstanden sein, denn, sagt Súd in seiner bereits angezogenen Schrift:

... nicht zuletzt sind es die Gewerkschaften, in denen die Keime der künftigen genossenschaftlichen Organismen versteckt liegen; sie sind nicht zuletzt berufen, ein freies Volk auf freiem Grunde zu schaffen....

... Das Gesetz von der Priorität der ökonomischen Macht setzt sich durch, allen Protesten zum Trotz....

Wenn der Arbeiterschaft die ökonomische Organisation fehlt, dann werden für sie die

politischen Rechte in Wirklichkeit nicht vor-
handen sein... Siehe die Landarbeiter Ostbeliens!
Wo die gewerkschaftliche Arbeiterorganisa-
tion nicht besteht, da gibt es trotz aller Ge-
setze, trotz aller politischen Proteste, trotz aller vor-
trefflichen Reden im Parlamente keinen Arbeiter-
schutz, kein freies Wahlrecht, kein freies Ver-
einsrecht... Wir sehen, das wichtigste politische
Recht hat dort fast nur Pappenstielwert, wo
nicht die wirtschaftliche Macht der Arbeiter es
ihnen handlich macht. So steht's mit dem Vereins-
und Versammlungsrechte. So steht's mit den Arbeiter-
schutzgesetzen.

...Natürlich bin ich für gesetzliche Festlegung des
Arbeiter-schutzes, daher für eine besondere politische
Aktion. Aber die mit den Tatsachen in Widerspruch
stehende vornehmlichste, ja oft ausschließliche Be-
tonung der politischen Aktion mag aufhöre in
Interesse der Arbeiterschaft! Sie verleitet zu
einer Überschätzung der parlamentarischen
Tätigkeit, die zur Anbetung des Stimmzettels
und zur Vernachlässigung der organisatori-
schen Arbeit führt. Diese Kurpolitik zu ge-
winnen für die gewerkschaftliche Bewegung ist
weit schwieriger als die Anwerbung ganz In-
differenter...

...Man muß nicht vom grünen Tisch aus die
Zustände beurteilen, sondern ins frisch pulierende
Leben dreist hineinfassen. Und wer da die erschreckend
große Undisziplin auch der politisch reifen
Arbeiter in Deutschland aus eigener Erfahrung
kennt, der wird wahrheitsgemäß sagen müssen: Die
industrielle Entwicklung der ausfallgebenden Industrie
ist bei uns so fortgeschritten, daß eine Verfestigung
der betreffenden Produktionsmittel ohne große Mühe
durchzuführen ist — aber die Masse der Arbeiter
ist noch lange nicht genügend reif, um die auch
in einem sozialistischen Gemeinwesen notwendige Unter-
ordnung unter den Gesamtwillen ohne großen Zwang
üben zu können! Hier fehlt es sehr an Schulung!
Wer das nicht einsieht, mag sich an Phrasen
berauschen...

Nun „die Moral von der Geschichte!“ Daß
die „Priorität der ökonomischen Macht“ auch
die „Priorität im politischen Leben bedingt. Das
Gegenteil ist aber heute der Fall und damit ein
unnatürlicher Zustand geschaffen, oder, wie ich schon
einmal sagte: das Pferd ist beim Schwarz auf-
gezäumt. Daraus ist niemand ein Vorwurf zu
machen, denn dem kolossalen Wachstum der s.-d.
Partei in dem Jahrzehnte von 1890 bis 1900
stand nur eine schwache Gewerkschaftsbewegung gegen-
über, die zu einer gewissen politischen Tätigkeit
noch nicht befähigt war. Deshalb war auch bis
dahin die gewerkschaftliche Neutralität der Aus-
druck der politischen Ohnmacht und die Gewerks-
chaften nach Lage der Dinge auf politische Par-
teien angewiesen. Aber die Entwicklung hat heute
dazu geführt, daß die Gewerkschaften einen größern
Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben könnten und
auch ausüben müssen, und zwar vor allem im
Sinne ihres gewerkschaftlichen Programms. Aus
dieser Entwicklung heraus kommen vielleicht un-
bewußt auch die Anträge zum § 1 unsers Sta-
tutes. „Die Verhältnisse zwingen uns, uns nach
ihnen zu richten, nicht umgekehrt“, sagte Hebel im
Februar 1893 im Reichstag, und die „Verhält-
nisse“ sind eben andre geworden in der Gewerks-
chaftsbewegung. Dabei handelt es sich nicht um
einen Kampf gegen die Sozialdemokratie, sondern
um die Befriedigung gewerkschaftlicher Bedürfnisse
in der Politik, wozu politische Parteien nur in sehr
bedingter Weise die Hand bieten können. Da für
die modernen Gewerkschaften nur die Sozialdemo-
kratie in Frage kommen kann, wäre zu untersuchen,
inwieweit ihre Politik den Gewerkschaften dienlich
gewesen ist oder dienlich sein kann.

Der § 1.

Unter den vielen mehr oder weniger wichtigen An-
trägen zur Generalversammlung des Verbandes dürfte
wohl der jüngst von Berlin, Breslau und einem kleinen
Ortsvereine gestellte Antrag auf Änderung des § 1 unsers
Verbandsstatutes von nicht zu unterschätzender Bedeutung
sein. Laut diesem Antrage soll der Verband der Deutschen
Buchdrucker die Vertretung der gewerkschaftlichen sowie För-
derung der geistigen und materiellen Interessen seiner
Mitglieder mit Ausschluß aller parteipolitischen und
religiösen Fragen zum Zwecke haben.

Unser Vorgesetzter und von den Gegnern besonders
gern angefeindeter Neutralitätspassus soll nun haupt-
sächlich aus dem Grund eine Änderung erfahren, um
den Verband zu zwingen, zu wichtigen politischen
Fragen (Sozialgesetzgebung, Lebensmittelverteuerungs-
gesetz, Koalitionsrecht usw.) Stellung zu nehmen und
auch in politischer Beziehung auf die Mitglieder ein-

zuwirken. Mit andern Worten soll jetzt aus dem Ver-
band ein Sammelpunkt politischer Leidenschaften gemacht
werden, gegen welches Anstehen sich noch in Nr. 26
mehrere Kollegen aus dem Rheinlande mit gerechtem
Entrüstung vernehmen. Möglicherweise ist dieser Antrag
aus der Verwechslung politischer Fragen mit jenen
volkswirtschaftlicher Natur entstanden, und diese sind ja
auch bei der jetzigen Fassung unsers § 1 zulässig und
oft genug behandelt worden.

Wie die Erörterung rein politischer Zeitfragen bei
eventl. Annahme dieses Antrages aussehen würde, davon
leistete jene Verammlung, welche obigen Antrag stellte,
eine kleine Probe. Ein politisches Referat müßte doch
folgerichtig je nach der politischen Färbung des Referenten
zu dieser oder jener Partei hinneigen, wenn man nicht
dem Referenten logisches Denken und Handeln absprechen
wollte, wie es ja auch keinen politischen Verein gibt, der
nicht irgend einer politischen Partei angehöre. Ist
das nun ein Referent infolgedessen sein sollte, seine sämt-
lichen Zuhörer, auch die bestimten vorhandenen Gegner
seiner Parteirichtung, von seiner Ansicht zu überzeugen
und eines Sinnes zu machen, wird wohl niemand
glauben. Je lebhafter und eingehender nun besagter
Referent wäre, um so energischer und erbitterter wären
doch sicher auch die Ausführungen seiner Gegner, und
bei den gutturalen tretenden Zwistigkeiten würde schließlich
ein großer Teil der Kollegen derartige Veranlassungen
überhaupt nicht mehr besuchen oder bei einschneidenden
Momenten unserer Organisation ganz den Rücken kehren.
Sind ja doch auch jetzt schon die scharf zu verurteilenden
politischen Betätigungen einzelner Ortsvereine (Bewil-
ligung von Geldern zu Wahlzwecken usw.) naturgemäß
immer parteipolitisch gewesen. Wer das Streben irgend-
einer Partei anerkennt und unterstützen will, mag dies
ruhig aus eigener Tasche tun und nicht eine Versamm-
lungsmehrheit benutzen, um die Gelder anderer Kollegen,
welche sicher nicht zu diesem Zwecke gezahlt worden sind,
dazu zu verwenden.

Den Angriffen unserer Widersacher würden bei eventl.
Annahme dieses Antrages Lär und Tor geöffnet und
irgend ein Nutzen würde dem Verband aus der Annahme
nicht entspringen. Bierzig Jahre hat der Verband mit
dem § 1 in seiner jetzigen Fassung bestanden und ist
ganz geworden, und dann hätte der den Antrag stellenden
Breslauer Versammlung auch der Umstand zu denken
geben müssen, daß sich neben den Vorstehenden sämtliche
älteren Redner gegen diesen Antrag aussprachen. Wir
wollen nur hoffen und wünschen, daß die Generalver-
sammlung des Verbandes dem Antrage die Abfuhr zuteil
werden läßt, die er verdient.

Mehr als mit der politischen wäre dem Verbands mit
der technischen Weiterbildung seiner Mitglieder gebietet,
und hier wird gerade in Breslau die dazu vorhandene
Gelegenheit sehr wenig, aber gar nicht benutzt. Die poli-
tischen Bestrebungen aber befriedige man dort, wo sie
hingehören, in die politischen Vereine.

Breslau.

A. B.

Das vollständige „Korr.“- Obligatorium.

Dieser Antrag ist mit Recht seitens einzelner Bezirks-
und Ortsvereine zu der bevorstehenden Generalversamm-
lung gestellt, aber auch leider von verschiedenen abgelehnt
worden. Ich begreife dieses Letztere wirklich nicht. Meines
Erachtens muß vielmehr gesehen, um die Mitglieder,
die erfreulicherweise in Massen in den letzten Jahren
unserm Verbands beigetreten sind, aufzuklären und sie zu
rechten Verbandsmitgliedern von echtem Schrot und Korn
zu erziehen, und dies kann nur geschehen, wenn jeder
Gewerkschaftler u. a. die Versammlungen besucht und sein
Leiborgan in die Hand bekommt und daraus sein Wissen
bereichert.

Wenn man sieht, wie viel seitens anderer Gewerks-
chaften in bezug auf Aufklärung geboten wird, so muß
man staunen, wie dies bei den niedrigen Beiträgen, die
die Mitglieder dieser Gewerkschaften bezahlen, möglich
ist. Bei uns ist es geradezu zur Mode geworden, daß
man jede Aufklärungschrift trotz der hohen Beiträge,
die wir leisten, bezahlen muß. Sollen die Mit-
glieder auf gewerkschaftlichem Gebiete ge-
schult werden, dann muß es sich der Verband
auch etwas kosten lassen! Nicht den einzelnen Bezirks-
und Ortsvereinen dürfen diese Kosten aufgeschult
werden, diese haben sowieso schon genug zu bezahlen,
sondern der Verbandsfädel muß dies tragen und kann
es tragen.

Man wird vielleicht anführen, daß die Mitglieder,
wenigstens zum größten Teile, den „Korr.“ doch nicht
lesen, und das Geld wäre zum Fenster hinausgeworfen.
Demgegenüber möchte ich aber feststellen, daß gerade die
neugewonnenen Mitglieder förmlich mit Heißhunger jede
Nummer erwarten und diese auch lesen, was ich aus
eigener Erfahrung weiß; und haben sie ihr Leiborgan
einmal lieb gewonnen, dann werden sie es auch immer
lesen. Deshalb darf dies nicht der Grund sein, denn
sonst wäre ja überhaupt jegliche Aufklärungsarbeit über-
flüssig. Sollte es aber vielleicht der Fall sein, daß
einige Mitglieder den „Korr.“ gleichgültig beiseite legen,
dann haben die Vertrauensleute die Pflicht, immer und
immer wieder auf das Lesen des „Korr.“ aufmerksam zu
machen.

Weiter wird angeführt, daß das volle „Korr.“-Obliga-
torium nur unter der Bedingung eingeführt werden
soll, wenn die Redaktion geändert wird, und daß
ferner der „Korr.“ zur Verdummung der Mit-

glieder diene, wie dies von meiner Nachbarstadt
Hannover „so schön“ berichtet wird. Dieses darf und
soll unter keinen Umständen unumwiderrprochen bleiben,
wenn man nicht bei den andern Gewerkschaften den
Glauben erwecken lassen will, es sei wirklich so. Wenn
diesem nicht die Redaktion entgegentritt, dann muß es
aus den Mitgliederkreisen geschehen. Diese müssen
die Redaktion im Kampfe gegen ihre Verleumder — anders
kann man sie nicht nennen — unterstützen, geschieht dies
nicht, dann haben wir selbst den Schaden. Man wird
auch nicht fehlgehen, wenn man hinter den Worten:
„Der Korr.“, die nicht nur noch zur Verdummung der
Mitglieder“, denn „rückwärts“ bekannten anarchischen
Dauerredner Dremes, der durch die infamen schmutzigen
Angriffe auf die Redaktion schon genug geleistet hat, ver-
muted, und man weiß dann auch, daß es weiter nichts
ist, als persönlicher Haß, speziell gegen unsern Kollegen
Reghäuser. Ich wundere mich nicht, wenn man eines
Tages in Hannover herkommt und stellt diesen Mann
zum Kandidaten für den Redakteurposten auf; dann
wird dem Mann endlich geholfen sein, und die Mit-
glieder werden „nicht verbummt“, sondern wohl erzogen
werden zu — Anarchisten.

Wenn man mit der Artikelserie des Kollegen Re-
ghäuser: „Gewerkschaftliche Neutralität“, nicht einverstanden
ist, dann warte man den Schluss ab, und dann jege man
sich auf die Seiten und widerlege, wenn man was zu
widerlegen hat, aber in anständiger Weise. Beachte aber
dabei, daß die Artikelserie Reghäuser nicht geschrieben hat
als Redakteur, sondern als Kollege und Verbandsmit-
glied, und da hat er wohl ebenso das Recht wie jeder
andere Kollege, seine Meinung im „Korr.“ zum Ausdruck
zu bringen. Wenn man als politisch organisierter auch
nicht mit allem, was Reghäuser geschrieben, einverstanden
ist, so ist dies immer noch kein Grund, derartige Vor-
würfe gegen die Redaktion zu erheben, wie sie eben in
Hannover erhoben wurden. Man solle doch lieber sach-
lich diskutieren und sich nicht von einzelnen, die weiter
nichts als persönlichen Haß propagieren, beeinflussen
lassen, dadurch schafft man kein Verbandsinteresse,
sondern man schädigt dieses nur, wie selbst Hannover
dafür ein Beispiel gibt. Die Generalversammlung ist
vor der Tür, und da wird Kollege Reghäuser resp. die
Redaktion über ihr Tun und Lassen Rechenschaft ab-
legen. Das „Korr.“-Obligatorium darf aber davon nicht
abhängig gemacht werden, dieses muß unter allen Um-
ständen Gesetz werden. Bis jetzt hat der „Korr.“ er-
zieherisch und aufklärend gewirkt, dieses muß auch in
Zukunft der Fall sein; und es wird in erhöhtem Maße
geschehen, wenn die diesbezüglichen Anträge auf Ein-
führung des vollständigen Obligatoriums zur Annahme
gelangen. In den Generalversammlungsdelegierten liegt
es jetzt, diese mögen prüfen, und daß sie richtig prüfen,
das ist mein Wunsch.

Winden.

G-g.

Zur Abwehr!

Veranlaßt durch die im „Korr.“ veröffentlichte Artikel-
serie „Gewerkschaftliche Neutralität“ stellte Einsender
dieses zur Tagesordnung der Verbandsgeneralversamm-
lung in unser Gaugeneralversammlung den Antrag:
„Die Generalversammlung möge beschließen, in
der Redaktionsleitung des „Korr.“ eine Ände-
rung vorzunehmen.“ Leider kam dieser Antrag erst
in später Stunde zur Beratung, und wurde, statt ein-
gehend darüber zu diskutieren, nach Begründung des An-
tragstellers und einiger Redner demselben — wohl auch
infolge der knappen Zeit — durch eine fragliche Mehrheit
auf Übergang zur Tagesordnung das Genick gebrochen.
Viele Mitglieder waren schon fortgegangen, viele ent-
hielten sich der Stimme. Es sei mir nun gestattet, hier
des Näheren auf diese Materie einzugehen. Unser § 1
des Verbandsstatutes besagt, daß Erörterungen religiöser
und politischer Fragen ausgeschlossen sind. Statt dies
nun zu respektieren, ergeht sich Kollege Reghäuser in der
ausführlichsten Weise über die Sozialdemokratie. Die
Partei hätte nichts getan, nur den Gewerkschaften falle
das Verdienst des Fortschreitens der Arbeiterbewegung
zu. Um mich richtig auszubilden, die Artikel könnten
heißen: „Bekämpfung der Sozialdemokratie.“ Ich erkenne
die Verdienste unsers Kollegen Reghäuser um unsre
Gewerkschaft vollständig an, aber ist es nicht geradezu
unerhörbar, wie er in betreff der Sozialdemokratie die Tat-
sachen auf den Kopf stellt? Mag das seine Meinung sein,
aber den Raum des „Korr.“ als Mitglied noch als
Redakteur darf er dazu nicht in Anspruch nehmen. Wenn
er den Gewerkschaften allein das Verdienst des Fort-
schreitens zuschreibt, so stimmt das nur insofern, als
es ja auch ihre Aufgabe ist, für bessere Wohn- usw. Ver-
hältnisse einzutreten und durchzuführen; Aufgabe der
politischen Arbeiterpartei ist, in den staatlichen Parla-
menten, den Gemeindevertretungen usw. für Durchführung
ihrer Forderungen zu sorgen. Kollege Reghäuser kennt den
zweiten Teil unsers Programms ganz gut: die Wahl-
rechtsforderung, direkte Gesetzgebung durch das Volk, Er-
ziehung zur allgemeinen Wechselseitigkeit, Weltlichkeit der
Schule usw. usw., dann kommen die Forderungen zum
Schutze der Arbeiterklasse. Sind das etwa Utopien,
können die Gewerkschaften legislativ teilnehmen an
diesen Punkten? Nein, Kollege Reghäuser, das wissen Sie

* Ich schrieb in Nr. 21, „daß die zum Schutze der Arbeiterklasse
im sozialdemokratischen Programm aufgestellten Forderungen
sich mit denen der Gewerkschaften inhaltlich völlig decken. Und
dieserigen politischen Forderungen, welche die Sozialdemokratie
in ihrem Programm an den heutigen Staat stellt, finden im
Prinzip die Unterstützung aller gewerkschaftlich organisierten
Arbeiter.“ Was titeltiert also Kollege W. K. z. Reghäuser?

sehr gut. Ich will mich nun nicht gegen die Angriffe in ihren Details ergehen, das mag eine berufener Feder tun. Zweck meiner Zeilen ist es, dahin zu streben, daß auch wirkliche Neutralität geübt wird, entweder durch Änderung in der Redaktionsleitung, was aber, allem Anschein nach zu urteilen, nicht stattfinden wird, so doch durch Verlangen nach Frieden; jede politische Meinung, jede religiöse Richtung muß respektiert werden. „Es muß jeder nach seiner Passion selig werden können.“ Wird unser Redakteur angegriffen, so möge er sich kräftig wehren, aber nicht provozieren oder längst begrabene Streitigkeiten wiederbringen. Das verlangen wir Verbandsmitglieder.

Hamburg.

W. K.

Zur Neuregelung der Invalidenunterstützung.

Zu den vielen Fragen, mit denen die bevorstehende Generalversammlung des Verbandes sich beschäftigen wird, gehört auch die Neuregelung der Invalidenunterstützung. Diese weicht insofern von den andern Unterstützungs-einrichtungen des Verbandes ab, als zum Bezuge derselben drei verschiedene Karenzzeiten bestehen. Die hierin liegende Härte resp. Ungerechtigkeit wird nur deshalb so wenig empfunden, weil sie schon so lange besteht und als etwas Unabänderliches hingenommen wird. Es geht aber nicht an, diesen Zustand auf die Dauer bestehen zu lassen. In früheren Zeiten waren die verschiedenen Karenzzeiten resp. die kurze Karenzzeit aus tatsächlichen Gründen zur leichteren Gewinnung von Mitgliedern wohl angebracht; aber heute, wo die Zahl der Nichtverwandter nur einen Bruchteil der Berufsgenossen ausmacht, könnten die verschiedenen Karenzzeiten und die damit verbundene Einteilung der Invaliden in solche erster, zweiter und dritter Klasse unbedenklich fortfallen. Als seinerzeit der Staffeltarif eingeführt wurde, erhob sich wegen der damit verbundenen Klassifizierung der Kollegen eine heftige Opposition und es wurde hervorgehoben, daß gleiche Leistungen auch gleichmäßig entlohnt werden müßten. Bei der Festsetzung des Tarifes hatte es die Kollegen-schaft mit einem starken wirtschaftlichen Gegner zu tun, und es mußte den beiderseitigen Machtverhältnissen Rechnung getragen werden, während uns bei der Festsetzung der Invalidenunterstützung kein wirtschaftlicher Gegner gegenübersteht, sondern wir alles nach eigenem Ermessen regeln können. Aber hier, wo doch keine Gegen-sätze bestehen sollten, sind dieselben durch die verschiedenen Karenzzeiten geschaffen worden. Nun mag dies früher aus tatsächlichen Gründen zu rechtfertigen gewesen sein; heutzutage aber, wo es leichter ist, Verbandsmitglied zu sein als früher, kommt es weniger auf die Zahl als auf die Qualität der Mitglieder an, und auch schon aus diesem Grunde müßte die verschiedene resp. kurze Karenzzeit fallen. Wenn angeführt wird, daß die kurze Karenzzeit eine Art Belohnung der im ersten Jahre nach Beendigung der Bezehrit betretenden Kollegen für ihre früh bewiesene gewerkschaftliche Einsicht sein soll, so liegt doch hierin eine gewisse Härte gegenüber solchen Kollegen, die während ihrer Bezehrit und kurz nach Beendigung derselben wenig oder keine Gelegenheit hatten, sich mit dem Verbands- und seinen Einrichtungen vertraut zu machen. Zwar besteht diese Tatsache nicht mehr in dem Maße wie früher, aber sie ist da, und die bestehenden Verhältnisse sollten berücksichtigt werden. Andererseits ist doch auch in Betracht zu ziehen, daß die Wahrscheinlichkeit zum Bezuge der Invalidenunterstützung desto geringer ist, je älter die Kollegen beim Eintritt sind, weil anzunehmen ist, daß ein Teil der später betretenden Kollegen schon vor dem Eintritt seiner Bezugsberechtigung invalide wird und somit die Invalidenunterstützung nicht erhält. Auch bei einer einheitlichen Karenzzeit gelangt die später eintretenden Kollegen natürlich erst in späteren Jahren zu der Bezugsberechtigung und sind hierdurch schon, und zwar mit Recht, für ihre Sammelzeit bezüglich des Eintrittes bestraft; aber daß sie durch eine doppelt und dreifach längere Karenzzeit noch besonders bestraft werden, das ist eine Härte resp. Ungerechtigkeit, welche beseitigt werden muß. Bei dieser Gelegenheit will ich einen mir bekannten Fall anführen.

Ein alter Kollege, der in seinen jungen Jahren bald nach dem Auslernen Mitglied wurde und seine Karenzzeit zum Bezuge der Invalidenunterstützung längst hinter sich hatte, ging auf etwa 1 oder 1½ Jahre vom Beruf ab, unterließ es aber aus Nachlässigkeit oder Bergeschlichkeit, sich vom Beruf abzumelden und somit seine Rechte zu wahren. Nach Ablauf der erwähnten Zeit kehrte er zum Beruf zurück, seine alten Rechte aber waren verloren gegangen und er hatte nun die fünfzehnjährige Karenzzeit vor sich. Nun wollte es das Schicksal, daß er invalide wurde, ehe er seine neue, verlängerte Karenzzeit zurückgelegt hatte; infolgedessen hat er keinen Anspruch auf die Invalidenunterstützung und ist auf Unterstützungen, auf Verwandte usw. angewiesen. Wenn er dies harte Los nun auch durch seine eigne Unterlassungsflüchtigkeit verschuldet hat, so liegt doch eine große Härte darin, daß ein alter Kollege, der eben wegen seiner vorgerückten Jahre die Invalidenunterstützung nicht so lange beziehen würde wie ein junger Kollege, der bei der kurzen Karenzzeit vielleicht bald nach dem Eintritt seiner Bezugsberechtigung invalide wird und die Invalidenunterstützung vielleicht jahrzehntelang in Anspruch nimmt, daß also ein alter Kollege, der wohl das Vier- oder Fünffache an Beiträgen geleistet hat wie der junge Kollege, die Invalidenunterstützung nicht erhält, während jener sie

jahr- oder jahrzehntelang bezieht, weil er die neue, verlängerte Karenzzeit nicht mehr ganz zurücklegen konnte. Dies ist nun allerdings ein besonderer Fall; in allgemeinen aber liegt die Sache bei der Invalidenunterstützung doch so, daß ein Teil der Kollegen mit 250 Wochenbeiträgen dieselben Rechte erlangt, wozu der andre Teil fast die doppelte resp. dreifache Zahl von Beiträgen braucht. Das ist eine Ungerechtigkeit und somit ein Zustand, der nicht weiter aufrecht erhalten werden darf. Gleichen Pflichten müssen auch gleiche Rechte gegenüberstehen, und aus diesem Grunde möchte ich, daß die jetzt bestehenden drei verschiedenen Karenzzeiten beseitigt werden und eine einheitliche Karenzzeit eingeführt wird. Hierbei gehe ich von dem Gedanken aus, daß die einheitliche Karenzzeit so festgesetzt werden soll, daß die Kasse dadurch nicht zu sehr belastet wird. Ich nehme an, daß eine zwölfjährige resp. 600mögliche, vielleicht noch etwas kürzere Karenzzeit zur Schaffung der Einheitlichkeit genügen wird. Da mir aber die nötigen Unterlagen zur Beurteilung dieser Frage fehlen, und wohl nur der Verbandsvorstand in der Lage ist, über die Kassenbearbeitung bei den jetzigen Karenzzeiten und bei der einheitlichen Karenzzeit ein zutreffendes Urteil abzugeben, so wird es dessen Sache sein, die einheitliche Karenzzeit herauszurechnen. Ich unterbreite diese Angelegenheit der Kollegen-schaft mit dem Wunsche, daß diese meine Vorschläge zum Antrag erhoben werden möchten; ferner bitte ich auch den Verbandsvorstand um seine Mitwirkung und fasse meine Ausführungen zusammen in die Forderung: Veseitigung der verschiedenen Karenzzeiten, Schaffung einer einheitlichen Karenzzeit und Abtufung der Invalidenunterstützung nach der Zahl der Beiträge! Königsberg i. Pr. Fritz Hoppe.

Zur Spartenfrage.

Wenn man heute den „Korr.“ zur Hand nimmt, so wird man aus fast allen Versammlungsberichten der Bezirks- und Ortsvereine sowie der Sparten entnehmen können, daß die gegenwärtige Spartenangelegenheit fast immer den Hauptpunkt der Versammlung bildet. Wenn ich nun zu dieser Frage einmal Stellung nehmen möchte, so geschieht dies deshalb, weil ich annehme, zurückblickend auf eine mehrjährige Tätigkeit in der Maschinenmeisterbewegung, in der Lage zu sein, über die zurückliegende und gegenwärtige Situation dieser Angelegenheit ein objektives Urteil abgeben zu können.

Die Notwendigkeit der Sparten wurde von allen Verbandsinstanzen anerkannt. In den Versammlungen, wo über diese Angelegenheit verhandelt wird, steht jeder Redner an die Spitze seiner Ausführungen: „Ich erkenne die Notwendigkeit der Sparten an usw.“ Wenn man aber die Ausführungen der meisten Redner bepaßt, so muß man am Schlusse derselben mit der Lupe untersuchen, an welcher Stelle nur einmal diese Anerkennung zum Ausdruck gebracht wäre. Diese Beobachtung konnte man auch in der am 23. Februar abgehaltenen Versammlung des Bezirks Weimar machen. In dieser Versammlung standen die Anträge, welche die Vertreter der Maschinenmeistervereine aus fünf Gauen mit 18 Vereinen am 9. Februar in Leipzig beraten hatten, und deren Fassung u. a. uns auch vom Gauvorksteher Engelbrecht (Leipzig) empfohlen wurde, zur Debatte. Die Maschinenmeister Weimars begründeten die Anträge damit, daß man durch die letzten Vorarbeiten zwischen Zentralvorstand und Sparten Mittel und Wege schaffen müsse, welche künftig das Eintreten derartiger Verhältnisse von vornherein verhindern sollten. Sie verurteilten die von der Zentralkommission der Maschinenmeister veröffentlichten Anträge und mißbilligten die öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen Zentralvorstand und der vier Spartenkommissionen unter Hinweis darauf, daß durch derartige Vorarbeiten unsere Organisation nach innen und speziell nach außen nur geschädigt werden könne. Sie führten vor Augen, daß man im Bezirk Weimar schon immer das Prinzip verfolgte, was durch die in den Anträgen enthaltenen Wünsche zum Ausdruck gebracht wird, und könne deshalb die Versammlung im Interesse unserer Zentralorganisation ohne Bedenken ihre Zustimmung zu den Anträgen geben. Es kam aber anders. Die subjektive Auffassung einzelner Redner ließ den Anschein erwecken, als wenn man mit einem Male durch Annahme dieser Anträge in sämtlichen Verbandsinstanzen ein Umsturz herbeigeführt werden sollte, denn es wurde u. a. ausgeführt, daß man von seiten der Sparten in den Sitzungen der Verbandsinstanzen eine Kontrolle ausüben wollte, man sprach sogar von Einführung des Genbarmeriesystems. Obgleich in diesen Anträgen keine Übergreifung und Jogenantenn „Auswüchse“ usw. zu erblicken sind, sondern nachgewiesen werden konnte, wie sie nur nutzbringend für die Allgemeinheit wirken könnten, indem der Frieden innerhalb unserer Organisation erhalten und Zerplitterungen vermieden werden müssen, wurden dieselben doch abgelehnt. Ein Beweis, daß die Voraussetzungen: „Ich erkenne die Notwendigkeit der Sparten an usw.“, in der Praxis illusorisch sind.

Die logische Folgerung ergibt sich aber daraus, daß unsere Spartenführer nicht den richtigen Weg eingeschlagen haben. Es durfte unter keinen Umständen zu Differenzen zwischen ihnen und Verbandsvorstand kommen. Die in der gegen den Zentralvorstand gerichteten und von den vier Zentralkommissionen unterschriebenen Erklärung enthaltenen Äußerungen muß ich für untätig und kurz-sichtig bezeichnen, indem dadurch die gegenwärtige Situation nur verschärft und bei den außerhalb unserer Reihen

Stehenden nur ein Kopfschütteln hervorgerufen wird. Mit dieser Erklärung werden nur die Großstadterhältnisse in Berücksichtigung gezogen, wo es vielleicht den Sparten durch die Macht ihrer Verhältnisse gelingt bzw. leicht erscheint, etwas durchzudrücken, und wo die Unmöslichkeit gegen den Verbandsvorstand nichts Neues bedeutet. Ich will hiermit das Verhalten des Verbandsvorstandes durch-aus nicht für einwandfrei erklären, denn die Worte: „Allen Menschen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann“, werden auch an ihm nicht ohne weiteres vorübergehen können. Wenn ich hierbei allerdings gestehen muß, daß die Kollegen aus der Großstadt mit der Führung der Zentralkommission usw. uns immer vorbildlich in allen Beziehungen gewesen sind, indem wir durch ihre Bemühungen in der Provinz auf technischem sowie wirtschaftlichem Gebiet einen Schritt vorwärts gekommen sind, so muß ich aber doch konstatieren, daß durch ihre untätige Handlungsweise wir ihnen jetzt verdanken, daß unsre Spartenbewegung wieder auf mehrere Jahre rückwärts geschlagen ist. Es wäre besser gewesen, die Zentralkommission hätte statt ihrer Anträge eine Aufforderung an die Mitglieder der Maschinenmeistervereine ergehen lassen, daß dieselben sich künftig recht rege und mehr wie bisher an den Versammlungen bzw. Verbandsveranstaltungen beteiligen möchten, und daß sie durch ihre Sparten-zugehörigkeit nicht einseitig, sondern dem Allgemeininteresse mehr Anteil widmen möchten, um sich dadurch das Vertrauen der Verbandskollegen bei stattfindenden Vorstandswahlen zu erwerben. Weiteres würde auf fruchtbareren Boden gefallen sein als die so weitgehenden und in der Praxis nicht durchführbaren Anträge.

Möge daher die Generalversammlung in Köln Mittel und Wege versuchen, alles nur im Guten wieder in das richtige Geleis zu bringen. Den dazu berufenen Vertretern möchte ich ans Herz legen, nicht mit Material gewappnet, um den Kampf aufzunehmen, nach Köln zu gehen, sondern mit dem Bewußtsein die Generalversammlung zu betreten, dazu beitragen zu wollen, daß aus den Verhandlungen das Größtmögliche für unsre Organisation herbeigeführt werden muß.

Weimar.

Max Roth.

Umzugskosten.

Nicht mein Artikel an und für sich ist es gewesen, welcher dem Kollegen H. H. (Brandenburg) seine Ausführungen in Nr. 17 diktiert, sondern nur das unter demselben stehende Wörterchen Trebbin. Nicht unbekannt ist es mir, Kollege H. H., wie Sie über Ihre Nachfolger in Trebbin urteilen, uns — denn mich allein wollten Sie nicht treffen — aber selbst bei solch einer Gelegenheit bereit anzupfehlen, dagegen muß ich mich entschieden verwehren. „Schlagungen“ haben Sie schon in der Annäherung, persönliche Erfahrungen (Sie meinen doch in Trebbin) hätten mir meine Zeilen diktiert. Da fällt Ihnen nun ein Fall ein, wo der Verbandsvorstand Umzugskosten nicht gewährt hat, und weil Ihnen der Ort, auf den diese Maßregel zutraf, auch „gerade einsiel“, verraten Sie mir denselben. Nun, Kollege H. H., etwas Neues haben Sie mir damit durchaus nicht kundgetan, denn als Leser des „Korr.“ hatte ich schon lange Kenntnis davon. Monate nach diesem „Puff“ sollte es nun kommen, daß ich mich verändern wollte, und war es Zufall, daß ich gerade mit einem Kollegen zusammen arbeitete, dem das „Liebenswürdige“ Auftreten des betreffenden Oberfaktors auch nicht — na, sagen wir auch nicht gepaßt hatte. Nach eingegonnenen Erkundigungen beim Zentralvorstande bekam ich nun bewußten Bescheid; die Umzugsklausel, verehrter Herr Kollege H. H., hatte für mich keine besondere Bedeutung, denn ich zog damals noch „allein“ um. Wie Sie sich nun wohl denken können, nahm ich nach Entressen des Schreibens vom Zentralvorstande Veranlassung, die mit mir zusammen tätigen Kollegen aus Trebbin über die „Liebenswürdigkeit“ des Oberfaktors auszufragen, und das Resultat, Kollege H. H.: „Die Stellung ist ganz annehmbar, wir hatten etwas „feudt“ gelebt.“ So nahm ich denn die Kondition an und überzeigte mich dadurch, daß die Äußerung des „ehemaligen Trebbiners“ zutraf. Kollege H. H., wenn Sie nun meinen, trotz des Bekanntmachens und des Bescheides des Zentralvorstandes habe ich doch eine Anzahl Kollegen gefunden, die freigeordneten Plätze einzunehmen, so haben Sie damit sehr Recht; aber wenn Sie diesen Kollegen daraus einen Vorwurf machen wollen, so muß ich Ihnen in Berücksichtigung dessen, wie die Verhältnisse hier tatsächlich gelegen haben, widersprechen. Denn Sie nun aber nicht umhin konnten, einiger „Geldes“ zu gedenken, so wäre es wohl im Interesse der nach hier gekommenen Kollegen ganz nett gewesen, auch der Kollegen zu gedenken, die von Anfang an gegen das derzeitige „Vorgehen“ waren, wenn Sie auch nicht gerade betont hätten, daß dies die älteren Kollegen gewesen sind. Daß zur Schaffung günstigerer Arbeitsbedingungen nicht 1—2 Wk. mehr wie in der bisherigen Kondition genügen, weiß ich wohl Kollege H. H. Ob es „solchen Schaffern“, wie wir „jetzigen Trebbiner“, auch möglich, das zu erhalten, was unsre Vorgänger geschaffen, nun Kollege H. H., darüber am 11. März, wenn sich die „ehemaligen Trebbiner“ zu einem gemächlichen Konsums in „unserm“ Trebbin zusammenfinden, ich bin zur Stelle.

E. W.

Korrespondenzen.

Bezirk Bonn. Am 23. Februar fand in Bonn die jährlich einmal an Stelle einer Bezirksversammlung abzuhaltende Vertrauensmänner-sitzung statt. Anwesend

waren außer dem Bezirksvorstande je ein Vertreter der neun Ortsvereine des Bezirks. Die Sitzung beschäftigte sich zunächst mit der von Koblenz beantragten Teilung des Bezirks. Mit Ausnahme des Koblenzer Vertreters waren sämtliche Anwesenden der Ansicht, daß eine Teilung nicht im Interesse der Allgemeinheit liege. Wohl werde der neue Bezirk Koblenz mit dem bisherigen Weitrae bestehen können, fraglich sei es aber, ob der Beitrag herabgesetzt werden könne. Dagegen würden für den nachherigen Bezirk Bonn die Verhältnisse dadurch, daß ihm die weit abgelegenen und schwer zu erreichenden Orte (Siegen, Hürth, Eusefingen, die Eifelorte), welche die Hauptkosten zu den Bezirksversammlungen zu so hohen machen, verbleiben, die leicht und billig zu erreichenden, fast in der Mitte des Bezirks liegenden Orte aber genommen werden, die Ausgaben längst nicht in dem Maße sich verringern als die Einnahmen, so daß unbedingt eine Beitragsverhöhung eintreten müßte. Alle Ortsvereine (außer Koblenz), selbst die dann zu Koblenz kommenden Udernach und Neuwied, haben sich in ihren Versammlungen auch gegen eine Teilung erklärt. Diefen und andern Gründen konnte sich der Koblenzer Vertreter, Kollege Dinkelmeier, nicht länger entziehen, er kam zu der Ansicht, daß der Bezirk besser ungeteilt bleibe und sicherte zu, in der nächsten Koblenzer Versammlung seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß der Ortsverein Koblenz seinen Antrag zurückziehe. (Das ist ihm aber nicht geblieben, vielmehr hält Koblenz seinen Antrag aufrecht.) Um dagegen an Fahrgeld zu sparen und um allen Orten den Besuch der Bezirksversammlungen zu ermöglichen, wurde beschlossen, dahin zu wirken, daß die Bezirksversammlungen nur noch in Bonn oder in Koblenz stattfinden, welche beiden Orte von allen Seiten gleich gut zu erreichen sind. Weiter wurde auf Wunsch der Gummersbacher Kollegen beschlossen, für den Gautag die Angliederung Gummersbachs an den Bezirk Barmen zu beantragen. Es wurden dann noch folgende Anträge für den Gautag beschlossen: Den Gauzuschuß zur Konditionslojenunterstützung unter entsprechender Herabsetzung des Beitrages aufzuheben und den Delegierten des Gaues zur Generalversammlung zu empfehlen, für eine Zentralisation der Gauzuschüsse einzutreten; den Gauortstand zu beauftragen, bei neuauftretenden wichtigen Fragen, besonders aber nach jeder Gauvorsteherkonferenz, im Interesse einer schnellen einheitlichen Berichterstattung eine Bezirksvorsteherkonferenz einzuberufen; den Gauort nach Köln zu verlegen. Für die Generalversammlung wurde eine Erklärung mit folgendem (hier kurz wiedergegebenen) Inhalte beschlossen: Das Hauptaugenmerk sei auf eine vermehrte agitatorische Tätigkeit zu richten. Zu diesem Zwecke seien Zentralvorstand und Gauortstände, soweit nötig, durch weitere, aus der Verbandskasse besoldete Beamte zu ergänzen. Die bedürftigsten Gauen, so Rheinland-Westfalen, seien da besonders zu berücksichtigen. Die strengste Beachtung der Neutralität sei unerlässlich. Es seien Maßnahmen zu treffen, um Neutralitätsverletzungen zu verhindern. Eine genaue Abgrenzung des Tätigkeitsgebietes der Sparten sei nötig. Bei Kompetenzüberschreitungen habe der Zentralvorstand das Recht, im Gesamtinteresse geeignete Maßnahmen zu treffen. Bei besonders schwierigen organisatorischen oder tariflichen Fragen müsse das demokratische Prinzip mehr beachtet werden. Die sämtlichen Gauzuschüsse seien aufzuheben und die Verbands-konditionslojenunterstützung entsprechend zu erhöhen. Eine Erhöhung des Verbandsbeitrages dürfe nur in dem Maße stattfinden, als die Gaubeiträge durchschnittlich herabgesetzt werden können. Bei den Umzugslojen dürfe kein Unterschied zwischen freiwillig und gezwungen Umziehenden gemacht werden. Von einer weiteren Ausdehnung der Unterstützungszweige, soweit sie nicht im Rahmen des jetzigen Beitrages gesehen kann, sei Abstand zu nehmen. Es wurden dann als Kandidaten für den Gautag je ein Mitglied jedes Ortsvereins und als Kandidat für die Generalversammlung Bezirksvorsteher Valbus nominert. Den Schluß der Sitzung bildeten Berichte aus den Ortsvereinen.

M.-e. Bezirk Breslau. Allseitig im Verbande herrscht sehr reges Leben; auch unser Ort nimmt Anteil an den großen Fragen unserer Organisation, bewiesen durch zwei Versammlungen, welche sich mit Anträgen zur Generalversammlung des Verbandes befaßten. Nicht ist es die Sucht, mit recht vielen Anträgen auf der Generalversammlung zu glänzen, sondern das Bewußtsein, nur Gutes für den Verband und seine Mitglieder zu schaffen; von diesem Grundsatze waren auch die am 16. und 28. Februar abgehaltenen Versammlungen befeelt. In der ersten Versammlung verbreitete sich der Vorsitzende Härtel zunächst im allgemeinen über die Aufgaben der Kölner Generalversammlung, von denen er als die wichtigste die Agitationsfrage betrachtete, die mit dem Organisationsvertrag eng verknüpft sei. Hierzu verlas er einige Stimmen aus dem Organe des Arbeitgeberverbandes. Die nächstwichtigste Frage sei wohl die der Sparten. Diefelben seien gewiß sehr nötig, aber für die Ausföhrung der Beschlüsse sei immer die Allgemeinheit verantwortlich. Auch die Haltung der „Korr.“-Redaktion müsse auf der Generalversammlung einer Besprechung unterzogen werden. Während die ersten Artikel Reghäufers über die Neutralität sachlich gehalten waren, seien in den weiteren Angriffen auf die sozialdemokratische Partei erfolgt, also die Neutralität nicht gewahrt worden. Die Erhöhung der Konditionslojenunterstützung sei ebenfalls eine anzustrebende Notwendigkeit, schon in bezug auf die zweimal erfolgte Tarifherabsetzung, und müsse selbst mit einer damit verknüpften Beitragserhöhung erfolgen. Die meisten Redner verpflichteten den Ausführungen des Redners bei und sprachen sich auch bei der Einzeldiskussion im Sinne der gestellten Anträge aus. (Nach-

dem der Termin der Antragstellung vorüber, daher mit dem Abbruche der Anträge eine anderweite Antragstellung nicht mehr möglich ist, geht es doch unmöglich an, eine ganze Spalte Anträge eines einzelnen Ortsvereins abzu- drucken, zudem in kürzester Zeit die Anträge ja sowieso vom Verbandsvorstande veröffentlicht werden. Es kann sich also bei dem Abbruch einzelner der uns mit diesem Berichte gefandten Anträge nur um solche handeln, welche eine Diskussion ausgelöst haben. Hätte übrigens der Schriftführer kurz die Anträge angedeutet, statt ihren vollen Wortlaut zu bringen, so hätte sich darüber reden lassen. Schließlich müssen die Anträge ja auf der Generalversammlung von den Delegierten begründet werden. (Redaktion.) In der zweiten Versammlung entspann sich über den Antrag, daß an Stelle des Wortes „politischen“ im § 1 des Statutes „parteilosig“ gesetzt werden soll, eine lebhaft Debatte. Kollege Steinbröcher begründete diesen und führte u. a. folgendes aus: Selbst die „Korr.“-Redaktion spreche sich in ihren Artikeln, nicht nur jetzt, sondern auch schon früher, für Treibung von Politik innerhalb des Verbandes aus; nur Parteilosigkeit vermittele sie. Redner verlas hierbei einige Äußerungen der Redaktion. Es ist indessen festgestellt, daß der größte Teil unsrer Mitglieder auch sozialistisch denkt. Im andern Sinne werden wir aber auch dem Gutenbergsbund und speziell dem Arbeitgeberverbande nie so neutral sein, daß dieselben mit uns zufrieden sind. Wenn es uns nun nicht gelingt, diese von unsrer Neutralität zu überzeugen, so wird unser Bemühen der Regierung gegenüber, dieses zu beweisen, überhaupt nicht von Erfolg sein. Daß von den Prinzipalen angestrebt wurde, uns in gewisse Bahnen zu leiten, damit wir nicht als sozialdemokratisch gelten und inwieweit diesbezügliche Artikel dem „Korr.“ fernzuhalten seien, ersieht Redner durch die Ausführungen des Kollegen Reghäufers auf der Mündlicher Generalversammlung (1902, Protokoll Seite 100 u. ff.) und der Erwiderung des Kollegen Döblin (Protokoll Seite 131). Wenn die Unternehmer mit ihren Arbeitern auf dem wirtschaftlichen Wege nicht fertig werden, so beschreiben sie den politischen. Zu einzelnen politischen Fragen müssen wir Stellung nehmen und unsre Mitglieder aufklären. Die christlichen Gewerkschaften gehen in Politik viel skrupelloser vor als wir. Die letzte Reichstagswahl und die Stellung der Christlichen dazu beweise dies zur Genüge. Hierüber muß auf der Kölner Generalversammlung eine Aussprache stattfinden. Die Meinungen über diesen Antrag waren sehr geteilt. Besonders sprach gegen diesen der Vorsitzende Härtel. Wenn weiter nichts damit bezweckt werden sollte, als eine Aussprache über diese Frage auf der Generalversammlung herbeizuföhren, so brauche der Antrag überhaupt nicht gestellt zu werden, da dies die Reghäuferschen Artikel schon tun würden. Redner stellte sich im wesentlichen, auf Seite Döblins, wonach schon jetzt Fragen unsrer Gesetzgebung erörtert werden könnten. Wird aber § 1 nach obigem Antrag umgeändert, so müsse ohne weiteres auch Parteilosigkeit getrieben werden. Dann könnten wir den Neutralitätsparagrafen ganz streichen. Dies sei aber nicht gut für unsern Verband. Zu politischen Fragen Stellung zu nehmen, ohne Parteilosigkeit zu treiben, sei ein Un Ding. Redner führte Beispiele von der letzten Reichstagswahl an und wies auf die Konsequenzen hin. Die beruflichen Fragen würden auch sehr beeinträchtigt werden. Alle Gewerkschaften aber, die sich einer bestimmten Partei verschreiben, geben das unerschütterliche Bild einer argen Verspitterung. Daß die christlichen Gewerkschaften nicht neutral seien, sage ja schon ihr Name. Mit unsrer Neutralität, wie sie bisher gehandhabt worden sei, hätten wir große Fortschritte gemacht und man solle auf diesem Wege weiterstreben. Es wurde noch ein Antrag gestellt, den Neutralitätsparagrafen ganz zu streichen, jedoch gegen eine Stimme abgelehnt. Es sprachen sodann noch mehrere Redner gegen den Antrag, andre wieder für diesen, und wurde selber nach einem Schlußworte des Antragstellers angenommen. Zum nächsten Antrage: Übernahme des „Korr.“ in eigne Regie, erwähnte der Antragsteller Richter, daß man damit am besten Reghäufers Benennungstheorie in die Praxis übersehen könne. Die andern Anträge wurden gleichfalls als sehr berechtigt angenommen. Die Angelegenheit Friese hat durch Vermittlung des Gauortstandes einen befriedigenden Ausgang genommen. Erklärung laut Gauortstandsprotokoll: „Kollege Friese gibt nach längerer Aussprache die Erklärung ab, daß er als Mitglied unrecht hatte, der Einladung des Ortsvereinsvorstandes nicht Folge geleistet zu haben; jedoch habe er im guten Glauben gehandelt, weil er irrtümlich annahm, diese rein technische Sache gehe den Ortsvorstand nichts an, sondern gehöre erst vor das Geschäft selbst.“ Der Ausschluß ist auf diese Weise vom Gauortstand inoffiziell worden.

n.-s. Sagen i. W. Am 16. Februar fand hier selbst die erste diesjährige Bezirksversammlung statt. Besuch war dieselbe von 121 Kollegen aus 12 Ortdorten. Während die einzelnen Ortdorte des Bezirkes ziemlich gut vertreten waren, konnte die Anwesenheit von nur 46 Kollegen von Sagen bei 126 Mitgliedern konstatiert werden, was der Versammlung Veranlassung gab, ihren Unwillen über die Interesslosigkeit der Sagenen Kollegen durch Zurufe Ausdruck zu geben. Auch der Vorsitzende rügte diese Bauheit scharf. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung den in geistiger Umnachtung freiwillig aus dem Leben geschiedenen Kollegen Meinolf Lohmann in üblicher Weise. Unter „Mittelteilungen“ machte der Vorsitzende auf den letzten Passus des Gauortstandsartikulares Nr. 1 betreffs vorheriger Erkundigungen bei Konditionsangeboten aufmerksam, des

fernern, daß die Firma Reismann-Grone in Essen für Verbandsmitglieder nach wie vor gesperrt sei. Dem Jahresbericht ist folgendes zu entnehmen: Die Mitgliederzahl stieg von 272 auf 323 Mitglieder. Tariftreue Firmen hat der Bezirk 58. Die Tarifsenkung ist ziemlich glatt verlaufen. Der Vorsitzende schloß seinen Bericht mit einem warmen Appell an die Ortsvorstände und die Vertrauensleute, die im Bezirke noch herrschenden kleinen Mängel im neuen Jahre mit Ausmerzen zu helfen. Hierauf wurde der Gesamtvorstand auf Vorschlag eines Kollegen per Affirmation einstimmig wiedergewählt. Bei dem hierauf folgenden Punkte: „Stellung von Anträgen zur Generalversammlung“, entwickelte sich eine lebhaft Debatte über die seitens der einzelnen Sparten eingereichten Anträge auf eine Vertretung in den einzelnen Verbandsinstitutionen. Diese Anträge, welche allgemein bekannt sein dürften, wurden schließlich angenommen. Als Kandidaten zur Delegiertenwahl zum Gautage wurden aufgestellt die Kollegen Fyrtroth (Ursberg), Detsloff, Lorenz, Steinmann (Sagen), Schürner (Hofenlimburg), Frees (Hersloh), Beuder (Lüdenscheid), Görchner (Menden), Krosch und Niehm (Reheim). Zur Generalversammlung wurde die Aufstellung von zwei Kandidaten vorgeschlagen, die Mehrheit der Versammlung stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß die Aufstellung von einem Kandidaten genüge. Hierauf wurde unser Vorsitzender Lorenz einstimmig als Kandidat des Bezirkes Sagen nominiert. Als Tagungsort der diesjährigen Bezirksversammlungen wurden Lüdenscheid, Ursberg und Hersloh bestimmt. Inzwischen hatte die Versammlung so unruhige Formen angenommen, daß sich der Vorsitzende genötigt sah, die Versammlung vor Erledigung der Tagesordnung zu schließen.

Siegen i. Schl. In der am 23. Februar im Gasthof „Zum goldenen Schwert“ hier selbst stattgehabten, von 65 Kollegen besuchten Bezirksversammlung wurde nach Erstattung des Kassenberichts zweier verstorbenen Mitglieder ehrend gedacht, die Remunerationen des Vorsitzenden und Kassierers wegen der gesteigerten Arbeit etwas erhöht und ein Mitglied ausgeschlossen. Anträge zur Generalversammlung auf Änderung des Umzugsparagrafen in der im „Korr.“ bereits von anderer Seite erörterten Form und Aufhebung der Gauzuschüsse, Abführung der in diese gezahlten Beiträge an die Hauptkasse und Zahlung einer Konditionslojenunterstützung von 15 Mk. wurden angenommen, ebenfalls der von verschiedenen Gauen vorbereitete Antrag auf Förderung der Agitation durch Besoldung der Gauortsteher aus der Hauptkasse unterstellt. Ebenso fand die Umlegung des Bezirkes Siegen, sich bei der Vertreterwahl zur Generalversammlung auf eine bestimmte Kandidatur zu einigen, damit jeder Bezirk einmal vertreten werde, Zustimmung. Für den Bezirksort Löwenberg fallen in Zukunft die Ausnahmebestimmungen fort, weil die Einwohnerzahl pro 6000 überschritten worden ist, und soll der diesbezügliche Antrag zur nächsten Tarifrevision gestellt werden. Übrigens herrschen dort bei der Firma Müller ausgezeichnete Verhältnisse. Es werden bei gutem Lohn acht Tage Ferien bei Fortzahlung des Lohnes und des bisherigen Weihnachtsgeldes gewährt. Im übrigen Teile der Verhandlungen der Bezirksversammlung wurden weniger freudige Zustände in einigen Druckereien in den Kreis der Betrachtung gezogen. Den Schluß bildete ein gemeinschaftliches Mittagessen, welches durch die Aussprache eines Kollegen und ein Lied des zu neuem Leben erwachten Gesangvereins besonders gemürt wurde. Einzelne auswärtige Kollegen beteiligten sich noch an einem Spaziergange auf den „Teeglerhof“, wo am darauffolgenden Sonnabend das 42. Stiftungsfest des Ortsvereins stattfand. Bei Sporgelangen und humoristischen Vorträgen, Ball und reichhaltiger Geschenkverlosung verlief das Fest, an dem drei Kollegen auch ihre poetische Ader zeigten, aus dem besten.

m. Königsberg i. Br. Am 16. Februar hielt der hiesige Ortsverein seine Ordentliche Monatsversammlung ab. Bevor in die reichhaltige Tagesordnung eingetreten wurde, gedachte der Vorsitzende Waffel des Ablebens des Maschinenmeisters Julius Schmid, und wurde das Andenken in üblicher Weise geehrt. Nach den Vereinsmitteilungen durch den Vorsitzenden wurde zum 2. Punkte: „Stellungnahme zum Bau eines Gewerkschaftshauses und Leistung der Beiträge lau demselben“, geschritten. In einer Gewerkschaftskartellung wurde beschlossen, daß jede Gewerkschaft pro Kopf und Jahr 3 Mk. für den Bau aufzubringen hat. Die Monatsversammlung im Januar stand diesem Bau sympathisch gegenüber, jedoch konnte sie sich, weil nicht genügende Garantien für diesen Bau geboten waren und die Annahme des vom Kartell beschlossenen Betrages eine Beitragserhöhung bedingt hätte, nicht ganz entschließen. Da am hiesigen Orte die Beiträge eine kolossale Höhe erreicht haben, waren einzelne Mitglieder der Ansicht, daß man einen Zwang auf die Mitglieder zur Zahlung zu diesem Bau nicht ausüben könne; es könnte hier nur eine freiwillige Zahlung in Betracht kommen, was durch Anfragen beim Zentralvorstande derselbe auch bestätigte. Es werden zu diesem Zwecke Klebarten mit Marken ausgegeben und wurde empfohlen, recht zahlreich sich an diesem Sparsystem zu beteiligen. Hoffentlich haben die Gewerkschaften in einigen Jahren ein solches Heim, damit Abhilfe in betreff der Kostfrage geschaffen sei. Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit den Anträgen zur Generalversammlung. Es werden folgende gestellt: 1. Eine anderweitige Abgrenzung einiger Gauen vorzunehmen. 2. Den Unterschied bei der Umzugslojenunterstützung zwischen freiwilligen Umzug und einem solchen infolge Kündigung usw. aufzuheben. 3. Die

Arbeitslojenunterstützung am Ort und auf der Reise zu erhöhen eventl. eine entsprechende Erhöhung des Beitrages vorzunehmen. Und ad 4 wurden die bekannten Anträge der Zentralkommissionen der Sparten angenommen, dazu ein ebenfalls schon oft erwähnter Antrag der Maschinen-seher in betreff der Instrukturenfrage. Der Vierteljahrsbericht des Gauvorstandes wurde der vorgerichteten Zeit wegen zur nächsten Versammlung vertagt. Nach einigen Anträgen unter „Offene Fragen“ wurde die sehr anregend verlaufene Unternehmung geschlossen.

Side i. B. Der hiesige Ortsverein hielt Ende Januar seine Generalversammlung ab. Im vergangenen Jahre waren die Versammlungen durchweg gut besucht. An Vergnügungen wurde das Johannisfest am 9. Juni durch Feste, die in dankenswerter Weise Kollege Kästner (Münster) hielt, Theater und Ball unter zahlreicher Beteiligung der hiesigen Bürgerchaft abgehalten. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 13 und umfaßt sämtliche in der hiesigen einzigen Druckerei beschäftigten Kollegen. Bei den vorgenommenen Wahlen wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Ferner wurde die Gründung einer Bibliothek beschlossen und die größeren Ortsvereine um gefällige Überlassung von Duplikaten gebeten.

Bezirk Ostfriesland. Unsere diesjährige Bezirksversammlung fand am 1. März im Zieglerischen Lokal in Aurich statt. Erschienen waren aus Aurich 11, Dornum 1, Emden 2, Feens 5, Leer 14 und Norden 19 Kollegen; nicht vertreten waren die Druckerei Vortum, Nordberney, Papenburg, Weener und Westhaubersehn. Als Gäste waren die Kollegen P. Graßmann (Essen a. R.) und Rönnau (Bremen) vom Gauvorstande Nordwest anwesend. Nachdem der im vorigen Jahr in Emden gegründete Buchdrucker- und Typographenverein die Versammlung durch einige Niedererzente, eröffnete der Bezirksvorsitzende Kromminga (Leer) mit einer Begrüßung der Kollegen, insonderheit der beiden Gäste, die Versammlung. In warmen Worten gedachte sodann der Vorsitzende des vor wenigen Tagen leider so früh verchiedenen früheren Gauvorstehers Alois Rosenlechner, und ehrte die Versammlung sein Andenken durch Erheben von den Sitzen. Ferner übermittelte der Vorsitzende den Gruß der Familie Rosenlechner sowie unsres früheren Bezirksvorsitzenden Kollegen Preuß (Bremen). Begrüßungs-telegramme und -schreiben gingen ein von den Kollegen Berge und Gemme (Vortum), Freemann (Leer), Jansen (Großesehn) und E. Pötters und F. Kleinfeldt (Osnabrück). Zum stellvertretenden Vorsitzenden ward Kollege Linnemann (Aurich) gewählt. Die Feststellung der Präsenzliste ergab, daß 70 Kollegen anwesend waren. Der gedruckte vorliegende Vorstandsbericht und die Berichte aus den Mitgliedschaften wurden nach stattgehabener gründlicher Aussprache genehmigt. Der von dem Ortsvereine Norden zur Bezirksversammlung gestellte Antrag, die Bezirksversammlungen, möglichst oft abzuhalten, wurde einstimmig angenommen. Der weitere Antrag des Vorstandes, Vertretung des Bezirks auf der ostfriesischen Gewerkschaftskonferenzen seitens des Vorsitzenden, ward einstimmig angenommen. Sodann wurde zum Gantage Stellung genommen und gab der Kollege Rönnau (Bremen) einige Aufklärungen. Die Vorlage des Gauvorstandes: Anstellung eines besoldeten Gauverwalters, wurde eingehend besprochen und erklärte sich die Versammlung nur dann damit einverstanden, wenn keine Beitrags-erhöhung stattfindet. Als Kandidaten zum Gantage wurden die Kollegen Grover (Norden), Kromminga (Leer), Pöts (Emden), Wübbenhorst (Aurich) aufgestellt. Zur Generalversammlung lag folgender Antrag Emden vor: „Die Generalversammlung der deutschen Buchdrucker möge in-folge großer Not unter den Buchdruckerwitwen die Er-richtung einer Witwen- und Waisenkasse im Verbands- beschließen.“ Kollege Rönnau vom Gauvorstande be- schäftigte sich eingehend mit der Generalversammlung, beifürwortete das „Korr.“-Obligatorium, wünschte einheitliche Regelung der Gauzuschüsse, der Lehrlingsausbildung, der Umzugsgebühren; allerdings müsse in bezug Umzugs- gelder eine bestimmte Grenze gezogen werden. Er trat ferner für eine bessere gewerkschaftliche Durchbildung der Mitglieder ein, insonderheit müsse sich die Generalver- sammlung mit der Gewerkschaftsschule befassen. Die einzelnen Sparten müßten mehr Fühlung nehmen mit den Vorständen, er hielt eine Hinzuziehung der Sparten zu besonderen Fragen für wünschenswert. Der Antrag auf Errichtung einer Witwen- und Waisenkasse sei ja schon verschiedentlich gestellt, er glaube nicht, daß er zur Annahme gelange. Der Verband könne auch nicht dafür verantwortlich gemacht werden, die Schäden der Gesell- schaftsausgliederung auszumergen. Nach kurzer Debatte ward sodann der Antrag Emden einstimmig als Antrag des Bezirks zur Generalversammlung angenommen. Ferner fand folgender Antrag: „Die Generalversammlung möge beschließen: Behufs größerer gewerkschaftlicher Durchbil- dung der Mitglieder sollen die vorhandenen agitatorischen Kräfte vermehrt und die dafür notwendigen Mittel aus der Verbandskasse bewilligt werden“, einstimmig Un- nahme. Sodann wurde einstimmig der Bezirksvorsitzende S. Kromminga als Delegierter zur Generalversammlung des Verbandes aufgestellt. Hoffen wir, daß es Ost- friesland vergönnt ist, auf der Generalversammlung vertreten zu sein. Die Festsetzung der Remunerationen des Vorstandes wurde mit einer Abänderung bewilligt. Vorort bleibt wie bisher Leer. Der alte Vorstand wurde, nachdem der Kassierer, welcher aus Gesundheitsrückichten seinen Posten niederlegen wollte, eine Erklärung ab- gegeben, den Posten wieder anzunehmen, einstimmig wiedergewählt. Die nächste Bezirksversammlung findet in Feens statt. Unter „Verschiedenes“ wurden noch einige

kleinere Sachen erörtert und die Versammlung mit einem braufend aufgenommenen Hoch auf unsern Verband ge- schlossen. Nach einer kleinen Pause erhielt sodann der Kollege P. Graßmann (Essen) das Wort zu seinem Vortrage über: „Der Verband der Deutschen Buchdrucker als Kulturfaktor“. Reicher Beifall lohnte den Redner für seinen lehrreichen Vortrag. Somit ist für die of- fiziellen Kollegen ein Tag von großer Wichtigkeit dahin- gegangen. Möge nun jeder Kollege an seinem Blase dazu beitragen, sich immer mehr mit den gewerkschaft- lichen Fragen zu befassen, um an den hohen Idealen mitzuarbeiten! — Am 29. Februar hielt Kollege Graß- mann im Leerer Gewerkschaftsartell in einer gut be- suchten Versammlung einen Vortrag über: „Christliche und freie Gewerkschaften“. Der Redner, der über eine vorzügliche Routine auf diesem Gebiete verfügt, erntete auch hier diesen Beifall.

Schwinnungen a. N. Am 29. Februar hielt der hiesige Ortsverein seine Jahresversammlung im Lokale „Bader Hof“ ab. Nachdem der Vorsitzende einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr geworfen, erstattete derselbe den Kasienbericht, welcher einen guten Bestand aufwies. Leider ist die Mitgliederzahl insofern Einziehung zweier Sechsmaschinen im Vorjahre von elf auf sieben ge- sunken. Der Tarif wurde in allen drei Druckereien durch- geführt. Die Anträge der Mitgliedschaft Stuttgart zur Generalversammlung wurden durchberaten und fanden das Einverständnis sämtlicher Kollegen. Der seitherige Vertrauensmann Gustav Ried wurde als Vorsitzender und Kassierer wiedergewählt und demselben der Dank für seine Mühewaltung ausgesprochen. Vor einiger Zeit konditionierte hier ein Sezer Karl Möhrle aus Freuden- stadt, gab sich den Kollegen gegenüber als Verbands- mitglied aus, bezahlte aber weder Beiträge, noch fand er es für notwendig, sich beim Vertrauensmann zu melden. Unser Vertrauensmann zog nun Erkundigung bei der Gauleitung ein, worauf sich herausstellte, daß betreffender „Kollege“ in Ulm ebenfalls ohne Buch abreiste, und zwar aus guten Gründen, denn daselbst liegt in Konflanz mit 19 Kassen belastet, worauf wir die Mitgliedschaften auf- merksam machen.

R. Stettin. In einer ziemlich gut besuchten außer- ordentlichen Mitgliederversammlung am 1. März nahm die Stettiner Kollegenchaft Stellung zu dem zu Ostern stattfindenden Gantage und zur Generalversamm- lung. Eingangs erörterte unser Gauvorsteher Kirchner nochmals die bekannten Gründe, welche zur Abänderung des § 4 des Organisationsvertrags geführt haben. Wenn denn der Vertrag auch durch die Abänderung des § 4 ge- wirksamer die Seele genommen sei, so hieße derselbe doch noch so verschiedene Vorteile für die Gesellschafter, daß es unflug gewesen wäre, den Vertrag ganz fallen zu lassen. Bei alledem sollte man aber nicht vergessen, daß der Organisationsvertrag einseitig und einseitig ist, daß die Vorteile überwiegen, aber nie ausgeglichen werden können, denn die Gehilfen müßten immer besetzt sein, ihre Lebenshaltung sowie wie möglich zu verbessern, während die Prinzipale so wenig wie möglich bewilligen wollen. Und auch der Vorstoß der „Deutschen Buchdruckerzeitung“, daß der Prinzipalverein sich dem Bunde der Industriellen, also der größten Schmarfacherorganisation, anschließen solle, zeige am besten, wohin auch bei uns die Fahrt gehen kann. Darum müsse es unsere vornehmste Aufgabe sein, unsere Mitglieder im rechten gewerkschaftlichen Geiste zu erziehen und für gefüllte Kassen zu sorgen, um jeder- zeit gerüstet dazustehen. In der darauffolgenden Dis- kussion erklärte Kollege Meßlich, daß er den Aus- führungen des Kollegen Kirchner nicht beistimmen könne. Die Vorteile, die angeblich der Organisationsvertrag noch haben sollte, seien meist Bestimmungen, die die Ge- hilfschaft in der Praxis schon längst besessen hätte; andererseits wären wir durch den Vertrag so manche Verpflichtungen zu unsern Ungunsten eingegangen, daß es besser gewesen wäre, den ganzen Vertrag fallen zu lassen. Wäre, wie es in einer demokratischen Organi- sation eigentlich sein soll, eine Urabstimmung veranstaltet, die Mehrheit der Mitglieder hätte den Vertrag unbedingt verworfen. Weiter geht Redner auf die Meinungs- verschiedenheiten ein, welche zwischen dem Verbands- vorstand und den Sparten ausgebrochen seien. Wenn man die Sparten anerkenne, und das müsse man bei unsrer technischer Entwicklung im Gewerbe schon, so müsse man ihnen auch das Recht zugestehen, in ihren Spezialfragen mitzubestimmen, was ihnen gut oder schädlich sei. Diese Ansichten wurden von den Kollegen Dutschatow und Kirchner in längeren Ausführungen auf das Lebhafteste bekämpft. Zur Spartenfrage über- gehend, bemerkte Kollege Kirchner, daß er die Differenzen zwischen Verbandsvorstand und Sparten für nicht so tiefgehend halte, es sei bis jetzt in der ganzen Sache noch nicht recht klar zu sehen; jedenfalls werde die Generalversammlung schon den richtigen Weg finden, um auch fernerhin ein gedeihliches Zusammenarbeiten zu er- möglichen. Im weiteren berichtete Kollege Kirchner über die wichtigsten Fragen der nächsten Generalversammlung, wie sie auf der letzten Gauvorsteherkonferenz angeregt wurden. Zu den wichtigsten Verhandlungsgegenständen gehöre unbedingt die Beratung unsrer gesamten zu- künftigen Taktik und die Neutralität des Verbandes. Weiter komme man überall zu dem Erkenntnis, daß für die gewerkschaftliche Erziehung unsrer Mitglieder mehr wie bisher getan werden muß. Ferner sind auch für den sonstigen innern Ausbau unsres Verbandes eine Menge wichtiger Fragen angeregt, so daß die nächste Generalversammlung ein reiches Arbeitsfeld vor sich hat. Darauf wurde zur Beratung der gestellten Anträge über- gegangen. Von den Maschinensevern und Maschinen-

meistern waren die bekannten Spartenanträge gestellt und wurden von den Vorstehenden der Spartenver- einigungen damit begründet, daß hier durchaus keine besonderen Rechte für die Sparten geschaffen werden sollten, aber bei der heutigen technischen Entwicklung in unserm Gewerbe sei ein gedeihliches Zusammenarbeiten nur dann möglich, wenn in allen Körperschaften auch die Sparten vertreten sind. Wenn von verschiedenen Seiten behauptet werde, diese Anträge seien der erste Schritt zur Absonderung, so müsse dem entgegengehalten werden, daß die Sparten es immer als ihre erste Auf- gabe betrachtet haben, die Spartenangehörigen zuerst zu rechten Verbandsmitgliedern zu erziehen. Von anderer Seite wurde dem entgegengehalten, daß wenn die Sparten dergleichen Reservatrechte für sich in Anspruch nehmen, auch die Ganfsezer gezwungen wären, unter sich die verschiedenen Sparten zu gründen, um ebenfalls für sich Sonderrechte zu erlangen. In der Praxis seien die Sparten auch schon in fast allen Körperschaften ver- treten, so daß es nicht nötig sei, dies erst durch Anträge festzulegen. Nach lebhafter Diskussion einigte man sich auf die mittlere Linie, es wurde beschlossen, den Anträgen 1—4 der Stuttgarter Mitgliedschaft (siehe „Korr.“ Nr. 25) bei- zutreten. Diesen Anträgen wurde hinzugefügt: „Außer- dem haben die Zentralkommissionen der Sparten das Recht, je einen Vertreter zur Generalversammlung zu entsenden“. Sodann wurde noch der Antrag betref- fens der Instrukturenfrage angenommen. Des weitern waren vom Vorstande folgende Anträge eingebracht und an- genommen: „Der Korrespondent“ ist je jedem Mitglied unentgeltlich zugänglich zu machen“. In der Debatte wurde von fast allen Rednern anerkannt, daß es zweck- mäßig und von hohem erzieherischem Werte wäre, wenn der „Korr.“ obligatorisch eingeführt würde, nur für einen weitem Antrag, eventl. 5 Pf. Beitrag pro Woche mehr zu zahlen, war die Mehrheit nicht zu haben. Sodann kam folgender Antrag zur Beratung: Zu b) Ortsunter- stützung, § 1 Absatz 2 der Beisatzliste: Die Unterstü- tzungssätze sind um 50 Pfg. pro Tag zu erhöhen, die Gau- zuschüsse sind abzuschaffen und der Verbandsbeitrag ist dementsprechend festzusetzen. Orte mit einem Lokal- zuschlag von 10% und mehr sind berechtigt, einen der- prozentualen Höhe entsprechenden Ortszuschlag einzu- führen.“ Zur Begründung wurde ausgeführt: Um der Ungerechtigkeit ein Ende zu machen, die in den verschie- denen Gauzuschüssen und Karenzzeiten zur Arbeitslojen- unterstützung besteht, aber auch um Verwaltungskosten zu sparen, wäre es vorteilhaft, wenn die gesamte Arbeits- lojenunterstützung aus der Verbandskasse gezahlt würde. Da aber die Lebenshaltung unsrer arbeitslosen Kollegen in den Großstädten bedeutend teurer ist, so müßten diese das Recht haben, lokale Kassen zu gründen, die nach Maßgabe der Lokalzuschläge einen entsprechenden Zuschlag zu leisten haben. Zum Beispiel bei 10—15% Lokalzuschlag 25 Pfg. pro Tag, bei 17%—25% 50 Pfg. pro Tag. Zu dem Antrage: „Die Generalversammlung wolle eine Neu- einteilung sämtlicher Gaue beschließen, und zwar soll eine der geographischen Lage entsprechende Umordnung der Gaugrenzen erfolgen, ferner sollen die Vororte Berlins mit den in der Nähe gelegenen Orten (die bisher zum Obergau gehörten) einen neuen Gau bilden“, wurde vom Antragsteller folgende Begründung gegeben, daß die jetzige Einteilung der Gaue den heutigen Zeitverhältnissen nicht mehr entspricht, sei wohl für jeden einsichtigen Kollegen klar. Nicht die Abgrenzung der einzelnen Pro- vinzen oder sonstigen Staatsgebilde oder auch gar parti- kularrichterliche Gründe sollten für die Abgrenzung der Gaue maßgebend sein, sondern es komme in der Hauptsache darauf an, daß alle Orte möglichst leicht erreichbar und die Kollegen bald zusammenkommen können, um ihre Interessen zu vertreten. „Die von den Gehilfen zu tragenden Kosten für sämtliche Tarifinstitutionen sind auf die Hauptkasse zu übernehmen.“ Da die Hauptkasse schon jetzt einen Teil trägt und um die Einzelausschrei- bungen zu vermeiden, wäre das jedenfalls der beste Weg. Damit waren die Anträge zur Generalversammlung er- ledigt. Um der Generalversammlung auch nach dieser Richtung eine Anregung zu geben, wurde noch folgende Resolution beschlossen: „Die Generalversammlung möge erwägen, ob es nicht möglich wäre, von Verbandsseite eine Fachzeitschrift herauszugeben, die der Fortbildung der Mitglieder dienen soll, ähnlich, wie sie vom Holz- arbeiterverband seit Jahren herausgegeben wird.“ Zum Gantage wurden folgende Anträge gestellt: „Falls die Generalversammlung die von den Gehilfen zu tragenden Kosten für sämtliche Tarifinstitutionen nicht auf die Hauptkasse übernimmt, sind die Kosten für die Kreis- kasse der Hauptkasse zu entnehmen.“ Dieser Antrag ist nur als Eventualantrag gedacht, falls die Generalversammlung nicht die Kostendeckung übernimmt. Zur Begründung für den nächsten Antrag: „Für den Gau ist eine Ver- waltungsstelle einzurichten und mit einem besoldeten Beamten zu besetzen, jedoch unter der Voraussetzung, daß bei der event. Neueinteilung der Gaue auf der General- versammlung sich die Mitgliederzahl des Obergaus nicht erheblich vermindert“, wurde ausgeführt: In eine Teilung des Obergaus, wie es von einigen Bezirken des Ober- gaus beantragt werde, sei schon aus formalen Gründen nicht zu denken. Sollte jedoch die Generalversammlung eine andre Einteilung der Gaue beschließen, so müsse allerdings mit der Anstellung des Beamten solange ge- wartet werden, bis wir gewiß wüßten, ob sich für den neuen Obergau noch die Anstellung eines Beamten lohnt, und ob die Mitglieder in der Lage sind, die Kosten dafür aufzubringen. Dem § 27 Absatz 1 soll folgende Fassung gegeben werden: „Falls genügend Beratungsgegenstände vorhanden, kann alle Jahre ein Gantage stattfinden; die

Entscheidung trifft der Gauvorstand in Gemeinschaft mit den Bezirksvorständen. In Jahren, wo eine Generalversammlung stattfindet, muß ein Gau-tag stattfinden. Den Termin bestimmt der Gauvorstand." Begründet wurde der Antrag damit, daß es oft, so auch diesmal, besser wäre, wenn der Gau-tag nach der Generalversammlung abgehalten werden könnte, da wir meist unsere Maßnahmen nach denen der Generalversammlung zu richten haben.

x. Weimar. Eines regen Besuches seitens der Kollegen von Weimar und Apolda hatte sich die Bezirksversammlung am 23. Februar zu erfreuen. Aus dem Jahresberichte des Vorstehenden ist erwähnenswert, daß am Vorort Weimar die organisatorischen und tariflichen Verhältnisse als befriedigende anzusehen sind. Es hält oft schwer, einen Einblick in die Zustände der kleinsten Druckereien, die zum Teil im Verzeichnisse der tariffreien Firmen aufgeführt sind, zu gewinnen. So ist dem Vorstehenden zu Ohren gekommen, daß die Firma Scheibbe die Buchdruckaufträge von einem Steindruckgehilfen und -Lehrlinge herstellen lassen soll. Auch in die Tarifstreue der Druckerei R. Vorkmann, die einige Gutenbergbündler beschäftigt, sind Zweifel zu setzen. Diese Firma stellte beim Vorstande der Gemeinamen Ortskrankenkasse den Antrag, auch sie bei der Vergütung von Druckaufträgen zu berücksichtigen, da sie tariffrei wäre. Bei näherer Untersuchung wurde jedoch die Wahrnehmung gemacht, daß die von ihr vor Jahren angebotenen Lohnsätze der Gehilfen dem jetzigen Tarife nicht entsprechen, d. h. die alten geblieben sind, so daß sich die Firma zum mindesten nach einer Richtung hin zu rechtfertigen haben wird. In Blankenhain (Thür.) ist der vor einigen Jahren durch die Errichtung einer nichttariffreien Druckerei und Herausgabe einer zweiten (Blankenhainer) Zeitung, die die dem alten tariffreien Kreisblatte gewährte Unterstützung von den Gemeindebehörden fand, ausgedroht und auch den Bezirksvorstand oft in Mitleidenschaft gezogene Konkurrenzkampf glücklicherweise beendet. Beide Druckereien und Blätter sind jetzt vereinigt und in die Hände eines früheren langjährigen Mitgliedes Hüttenrauch übergegangen. Wenn der Vorstand glaubte, durch die Gewinnung von fünf Kollegen für unsere Organisation halb auch den Tarif bei Esm. Kost in Bad Sulza einführen zu können, so sah er sich leider enttäuscht. Wohl hielten jene fünf ihr gegebenes Wort, aber mit ihrem Austritt aus der Druckerei konnte Herr Kost triumphierend ausrufen, daß er sogar einen Überschuss an neuen Arbeitskräften gewonnen habe, die aus den entlegenen Nestern gekommen waren. Trostlos sind auch die Zustände in Buttstädt. Vergeßliches Beginnen war es bis jetzt, hier irgendwie Fuß zu fassen. In der Rückständigkeit aller Verhältnisse in solchen kleinen Orten ist eben auch hierfür der Grund zu suchen. Von Apolda möchte ich nicht berichten, daß die Druckerei der „Apoldaer Zeitung“ für Maschinenbesitzer und Maschinenmeister einem Taubenschlag gleiche. Die Mitgliederzahl des Bezirks ist auf 117 zurückgegangen. Die Versammlung nahm jodann Stellung zum bevorstehenden Gau-tage. Allgemein wurde der ungenügende Sach der Arbeitslosenunterstützung bemängelt, die jetzt nach Fortfall des Bezirksamtes 1330 Mk. betrage. Während die Preise aller Lebensbedürfnisse und damit auch unsere Lohnsätze gestiegen seien, habe genannte Unterstützung eine Reduzierung erfahren, was ein jedenfalls sehr ungesundes Verhältnis sei. Diese Stimmung verdrängte sich zu dem Antrage: „Der Gau-tag wolle den Ewentualbeschluss fassen, den Gauzuschuß von 40 auf 60 Pf. für den Tag bei einer Beitragsverhöhung von 5 Pf. wöchent-lich festzusetzen.“ In Verbindung hiermit stand eine Aussprache über die Gauzuschüsse überhaupt. Das für und wider wurde reichlich zu Gehör gebracht, bis sich schließlich eine Mehrheit für den Antrag an die General-versammlung entschied: „Die Gauzuschüsse zur Arbeits-losenunterstützung sind aufzuheben und die dafür aufgewendeten Gelder an die Hauptkasse abzuführen; der Verbandsunterstützung ist eine angemessene Höhe zu geben.“ Einen breiten Raum in der Stellungnahme zur General-versammlung nahm die Diskussion ein, die über die Anträge des Maschinenmeisterklusses Weimar, welche von der Zusammenkunft der Maschinenmeister in Leipzig herübergenommen waren, gepflogen wurde. Der Begründung, die ja allgemein bekannt ist, wurden einige recht drastische Fälle entgegengesetzt, die herabdes Zeugnis dafür ablegen sollten, wie „Misttränen“ künstlich gezüchtet werde. Gewiß könne man die Anträge mit den Begrün-dungen schließlich als „harmlos“ bezeichnen, aber mit ihrer Annahme würde man nur der einseitigen Anschaung vieler Spartenglieder recht geben. Die Anträge wurden abgelehnt und die folgende Resolution des Vorstehenden angenommen: „Die Bezirksversammlung unterstützt vornehmlich diejenigen Anträge der Maschinenmeisterzusammen-kunft in Leipzig am 7. Februar d. J., die dahingehen, die Spartenkollegen bei der Befragung von Vorstands-ämtern innerhalb der Mitgliedschaften und Bezirke ent-sprechend zu berücksichtigen. Die Versammlung verpflichtet sich durch eine solche härtere Heranziehung zur allge-meinen notwendigen Mehrarbeit für unsere Organisation einen heilsamen Einfluß auf diese Kollegen, der deren durch ihre einseitige Spartenbetätigung oftmals ge-trübten Blick wieder auf die Allgemeinheit lenken wird. Bestrebungen der Sparten, die auf eine Kontrolle der Vorstände hinauslaufen, welche die Versammlung mit Entscheidung zurück; sie hält vielmehr eine weise Mächtig-ung der Spartenbewegung für mehr als angebracht.“ Nachdem dann zehn Delegiertenkandidaten zum Gau-tag aufgestellt und als Ort der nächsten, voraussichtlich als außerordentliche nach der Generalversammlung statt-

findenden Bezirksversammlung Apolda bestimmt wurde, schloß die anregend und sachlich verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

Wernigerode. Inse am 1. März abgehaltene Monatsversammlung erfreute sich eines regen Besu-ches. Derselbe war wohl in erster Linie darauf zurück-zuführen, weil sich die Versammlung mit den Anträgen zur Generalversammlung zu beschäftigen gedachte. Unser Vorstehender Hesselbarth wies zunächst auf den Konflikt des Verbandsvorstandes mit den Spartenvorständen hin und behauerte, daß sich der Konfliktstoff in letzter Zeit arg gemehrt habe. In längeren, äußerst interessanten Aus-führungen legte Redner dar, durch welche Ursachen der unerquickliche Bruderzwist nach den Tarifberatungen ent-brannte und wies nach, wie dies möglich zu vermeiden sei und gleichzeitig zur Erziehung der Mitglieder beitragen könne. Redner trat dann für unbedingte Meinungs-freiheit ein, die aus dem Grunde schon niemals schädlich wirken könne, als sich stets das Gute Bahn breche, und glaubte, daß dadurch viel Ungutriebsheit unter den Mit-gliedern verschwinde; dazu gehöre aber vor allen Dingen, daß die „Korr.“-Redaktion etwas toleranter handle, haupt-sächlich uns Provinzkollegen gegenüber. (Wirklich, ein starkes Stück, da wir, wo wir nur können, der Provinz zur Seite stehen. Red.) Redner unterbreitete der Versamm-lung folgende Resolution, die nach kurzer Debatte ein-stimmig angenommen wurde: „Der Ortsverein Wernigerode erblickt in solchem Bruderzwiste, wie er wiederum nach der letzten Tarifrevision zum Ausdruck gekommen, eine Schädigung des Verbandes sowohl wie seines Ansehens und erwarbt deshalb von der Generalversammlung, daß dieselbe Mittel und Wege finden möge, um den Stoff zu solchen innern Zwistigkeiten von vornherein zu ver-hüten bzw. abzuschwächen. Als ein Hauptmittel hierzu be-trachtet die Versammlung weitgehendstes Mitbestimmungs-recht der Mitglieder bei allen Fragen der Taktik sowohl als auch bei allen wichtigen tariflichen und gewerkschaftlichen Fragen, was wesentlich zur Vertiefung und Ausbreitung des Tarif- und Gewerkschaftsgedankens beitragen würde und wodurch ausgeschlossen wird, daß es mit der Tarif-einführung speziell in der Provinz noch vielfach hapert.“ In der Debatte über vorstehende Resolution wurde von mehreren Kollegen Klage erhoben über die derzeitige Artikelserie des Kollegen Metzhauser; dieselben betonten, daß die ganze Sache nur eine Verbeugung vor dem be-rühmtesten Gutenbergsbunde sei, was keineswegs der Würde eines solch großen Verbandes entspreche. Nur weil ein Hofjagd und Felder mit dem „roten Buchdruckerverban-de“ hauserien gingen, brauche der Mittelteil ein derartiges Schau-spiel nicht gegeben zu werden, daß sogar konservative Provinzialblätter unsern „Korr.“ ob solcher großen Tat als Helden besingen.

Rundschau.

Ein höchstes Beispiel von Konsequenz geben die Arbeitgeberverbände mit ihrem Bescheide über ver-bändlerischen Terrorismus. Mit ganz wenigen Aus-nahmen halten sie nämlich ihre Druckereien für Verbands-mitglieder geschlossen, sie, die auf dem Papiere, d. h. in ihren Denkschriften und sonstigen Denunziationen, für die Koalitionsfreiheit so große Worte verlieren. Bedenkt man, daß der größere Teil der Arbeitgeberverbände-druckereien für einen tariffreien Schiffsen (im Scharf-macherorgane wird diese Bezeichnung sogar schon als Terrorismus verschrien!) überhaupt nicht in Betracht kommt, so ist mit der Ausschließung der Verbands-mitglieder aus den Druckereien des Arbeitgeberverbandes fast wie mit einer Tatsache zu rechnen. Aber die über Terrorismus des Verbandes und der Tarifgemeinschaft so schreibseligen Leute tun ihren eignen Behauptungen auch Gewalt an, wenn sie sich auf das Glatteis der Polemik begeben. So wird Dr. Gerhard Kessler, der eine lehrsamere Schrift über „Die deutschen Arbeitgeber-verbände“ verfaßt hat, wegen folgender Stelle angegriffen: „Die Organisationszugehörigkeit eines Arbeiters geht den Arbeitgeber schlechterdings nichts an.“ Kessler sagt dann in seinen weiteren Ausführungen, es wäre schweres Unrecht von dem Unternehmer, seinem Arbeiter die Koalitions-freiheit zu beschränken, sei es durch gewerkschaftsfeindliche Reserve oder durch den Beitrittszwang zu bestimmten Vereinigungen. Aber diese und noch andre, ebenso selbstverständliche Ansichten Kesslers wartet das Arbeit-geberverbandsblättchen gar nicht ab, sondern schießt gleich hinter den in Anführungszeichen gebrachten Satz los: „Selbstverständlich weisen wir solche antinationale Anschauung, die den Arbeitgeber verpöndelt, Sozial-demokratie und selbst Anarchismus ruhig wachsen zu lassen, mit der äußersten Entschiedenheit zurück.“ Da sieht man die blinden Fanatiker! Eine auch nach ihren sonstigen Versicherungen ganz selbstverständliche Forderung bringt die tapferen Vorkämpfer für die Koalitionsfreiheit außer Rand und Band, wenn sie ein ander aufstellt, von dem sie sich sagen, daß er es einst damit meint, was ihnen freilich vollständig fern liegt. Einen schlechteren Dienst wie diese Entrüstung aus nationalen Gründen konnte der journalistische Anwalt dem Arbeitgeberverbande gar nicht erwirken. Wie will man denn jetzt noch über den Terrorismus des Verbandes herziehen und für die Koalitionsfreiheit Lanzen über Lanzen brechen?

In den Bahnen der Koalitionsfreiheit des Arbeitgeberverbandes wandelt auch die Massische Buchdruckerei in Coest. Ein Kollege erhielt vor Monatsfrist von dieser Firma folgendes Schreiben: „Es ist uns lieb, daß Sie uns offen Ihre Verbandszugehörig-keit mitgeteilt haben, ebenso offen erwidern wir Ihnen, daß

wir keine Verbandsmitglieder fest einstellen. Wir zahlen unserm Personale tariflichen Lohn, von dem es keine weiteren Abgaben an irgend eine Kasse zu leisten hat. Wer ein Jahr ohne Unterbrechung treu bei uns gearbeitet hat, erhält außer einem Weihnachtsgeld eine entsprechende Summe als Spareinlage gezahlt.“ Also, wenn die größte Not dazu zwingt, verweigert man sich zu einem Verbands-mitgliede. Im übrigen wird der „Empfehlung“ des Arbeitgeberverbandes, Lohn und Arbeitszeit nach dem Tarife zu regeln, mit größten und kleinsten Abweichungen Folge gegeben. In betref der Besetzungszahl und anderer tariflicher Positionen schaltet man ganz nach Belieben. Tarif-erkennung gibt's nicht, so lange man noch Gehilfen findet, die im Kreuze schwach sind. Doch diese Spezies stirbt ja immer mehr aus trotz aller Versuche des Bundes, sie am Leben zu erhalten. Auch in der Massischen Druckerei wird bald die Stunde schlagen, wo trotz Arbeitgeber-verband der Tarif zur vollständigen Durchführung und Anerkennung gebracht wird.

Ein Bürgermeister, der kein Entgegenkommen zu würdigen weiß, ist das Stadtoberhaupt des schwä-bischen Städtchens Mindelheim. Dort bestehen zwei Zei-tungen und zwei Buchdruckereien, beide tariffrei. Die städtischen Bekanntmachungen erscheinen in beiden Blättern, für alle zwei macht das 13800 Zeilen im Jahr aus; die Blattseite zu 18 Pf. berechnet, kommt ein Ge-samtbetrag von 2464 Mk. heraus. Nun machten die beiden Zeitungsverleger bei der Neuverteilung dieser In-gelegenheit den Magistrat den (uns unerklärlichen) Vor-schlag, sie wollten abwechselnd jeder 1232 Mk., also die Hälfte der Gesamtrechnung für die amtlichen Bekannt-machungen pro Jahr, von der Stadtgemeinde bezahlt haben. Der Bürgermeister schien aber gar kein Ver-ständnis für das Anerbieten, abwechselungsweise ein Jahr für die Stadt umsonst zu arbeiten, zu haben, denn ihm war die Hälfte noch viel zu hoch und befreitete er ein-fach — 250 Mk. unter einigen recht abfälligen Bemer-kungen über den Tarif der Buchdrucker. Wenn die Mindelheimer Zeitungsherausgeber eine Liebe der andern wert halten, berechnen sie jetzt dem Magistrat die städti-schen Anzeigen zu einem Einheitspreis und gewähren ihm nur den Rabatt, der jedem größeren Inzerenten be-willigt wird. Der Magistrat ist doch auf die beiden Blätter am Platz angewiesen; sie sollen nur gut zusammen-halten, dann ist es mit dem bürgermeisterlichen Preis-beharrern nichts.

An eine Geheimdruckerei im Zuchthause zu Rendsburg erinnert das nette Vorwissen in der gleichen Strafanstalt: die vor einigen Wochen erfolgte Entdeckung einer Falschmünzwerkstätte. Die „Buch-druckerwohle“ weiß nämlich mitzuteilen, daß von mehreren Jahren ein zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verur-teilter Buchbinder unter der Mithilfe einiger Beamten eine kleine Druckerei errichtete, in der er falsche Zeugn-isse für entlassene Sträflinge herstellte. Der Betrieb entwickelte sich weiter, und eines schönen Tages erhielten sämtliche Insassen des Zuchthaus eine gedruckte Ein-ladung zur Beteiligung an einem Festgessell! Die Ent-deckung blieb jedoch nicht aus und führte zur empfind-lichen Bestrafung einiger Beamten.

Eine Infallrente erschleichen wollte ein hollän-discher Schriftsteller unter dem Vorgeben, beim Korrigieren wäre ihm die Nihilspitze abgebrochen und ins Auge geflogen. Bei der Untersuchung stellte sich jedoch heraus, daß die Verletzung des Auges von einer regelrechten Schlägerei herrührte. Wegen versuchten Betruges muß der gerissene Junge nun zehn Tage in Nummer Sicher. Die Staatsanwaltschaft wollte ihn gleich drei Monate im Gefängnis einquartieren.

Ein Schriftsteller als Amokläufer machte einige Straßen von Paris unsicher. Im Laufe eines Wort-wechfels gab er mehrere Schüsse auf eine junge Frau ab. Dann die Flucht ergreifend, feuerte er wiederholt auf die ihn verfolgende Menge. Zwei Personen wurden dadurch lebensgefährlich, mehrere andre, darunter auch ein Depu-tierter, leicht verletzt. Schließlich konnte mit vieler Mühe die Polizei den Wüterich überwältigen.

Ein neues Signal wird für das Stöckerorgan „Das Reich“ losgelassen. In unserer letzten Nummer beschäftigten wir uns erst mit diesem Blatt, doch heute muß widerwillig derselben nochmals Erwähnung ge-geschehen. Nämlich deshalb, weil der Dalles des Stöcker-schen Reiches noch ein groß Teil schlummer ist als der des Deutschen Reiches. Es sind nicht ganz zwei Jahre her, da wurde der berühmte 60000 Mark-Bettel für „Das Reich“ vom Stapel gelassen, und nicht zuletzt mußte unser Verband herhalten, furchtamen Mannesfeien das Porte-monnaie zu öffnen. Wenn die 60000 Mk. aufgebracht wären, wollten Stöcker, Mumm, Behrens und Genossen mit Hilfe der großmächtigen christlich-nationalen Arbeiter-bewegung alles zerrüttern, was nicht auf diesen Stöcker-muddel von Programm schwört. Obwohl Stöcker 60000 Mk. als die Mindestsumme nannte, auf daß nicht alle Räder zum Stillstand kommen, gingen, wie man jetzt erfährt, mit Wut und Krach nur 57050,30 Mk. ein. In der Zwischenzeit blieb nämlich nichts ungeschehen, die moderne Arbeiterbewegung zu bekämpfen und zu verächtlichen, die hohe Sache der Christlich-Nationalen aber in den Himmel zu loben. Ganz besonders wurde unser Verband bedacht, gegen den kein Mittel zu schlecht und zu abgeschmackt war. Auch die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker bekam manchen Seitenhieb ab. Wenn es sich um dieses Schel-wild handelte, stieg Herr Mumm immer persönlicher in die Tinte. Und das geschah fast in jeder Nummer und in einer Weise, die für eine Zeitung, die erst genommen sein will, von tödlicher Bährlichkeit sein muß. Diesen

Effekt erzielte Herr Mumm mit seinen Diktanden auf dem wackeren Gutenbergsbund auch vollständig, selbst der blasseste Meid muß ihm diesen Ruhm gönnen. Während aber Verband und Tarifgemeinschaft seit der Zeit, wo Don Reinhardt mit eingeleiteter Lanze gegen beide anstürmt, ihren stärksten Aufschwung und ihre größte Verbreitung zu verzeichnen haben, schmilzt der so unnatürlich protegierte Gutenbergsbund wie der Schnee an der Sonne zusammen. Zu diesem bedenklichen Erfolge gefellte sich aber noch ein weiterer, noch bedenklicher: „Das Reich“ steht wieder einmal vor dem Zusammenbrüche! Der Ertrag des erstmaligen Klingelbeutels hat knapp zur Dedung der alten Verbindlichkeiten gereicht. Jetzt ist das Loch ein noch größeres. 2000 neue Abonnenten braucht das Blatt, nicht zuletzt aber auch mehr Anzeigen, denn „Das Reich“ besitzt einen Inzeratenteil, wie er keiner überhaupt nicht denkbar ist. Trotz der angeblichen Million christlich-nationaler Arbeiter hat man aber keine Hoffnung auf Abonnentenzuwachs und Inzeratenzunahme. Ergo Klingelbeutelt man also: „2000 Abonnenten in Silber“ und „auch halbe und Fünftelabonnenten in Silber werden gern angenommen.“ Ob auf diese gerissene Methode nochmals 57 050,30 Mk. zusammengetrommelt werden können, ist wohl recht fraglich. Wir schlagen für den Fall des Mißlingens einen andern Weg vor: Für jede im Interesse des Gutenbergsbundes geschriebene Zeile hat dieser an „Das Reich“ 15 Pf. zu entrichten. Dabei würde schon eine anständige Summe herauskommen. Auch wird es sich der Bund gern etwas kosten lassen, denn die Position „Agitationsboten“ kann jetzt gar nicht hoch genug bei ihm sein, und der dem „Reich“ zu dankende Erfolg ist doch wahrlich groß genug!

„Generalschärfmacher“ und „sonderbarer Heiliger des Schärfmachertums“, Ausdrücke, welche die „Holzarbeiterzeitung“ gegen den den Arbeitgeberverband der Holzindustriellen leitenden Generalsekretär Rasse angewendet hatte, sind beleidigender Art. Das Berliner Schöffengericht hatte den Redakteur Deinhardt zu 10 Mk. Geldstrafe verurteilt und dabei die Bezeichnung „Schärfmacher“ für seine Beleidigung erklärt. Das Landgericht erkannte auf 50 Mk., obwohl es die Wahrnehmung berechtigter Interessen als gegeben ansah.

Die politische Polizei beleidigt hat das andre Berliner Unarchistenorgan „Der Revolutionär“. Den verantwortlich Zeichnenden trafen drei Monate Gefängnis dafür.

Bei der Gewerbegeheimnisaufhebung in Rixdorf unterlagen die Hirsch-Dunderdächer vollständig, die freien Gewerkschaften bestanden alle Siege auf Arbeitnehmerseite.

Keine Arbeitslosenanzahl soll in Berlin vom Magistrat aus stattfinden, obwohl die Berliner Gewerkschaftskommission den schwierigsten Teil der Aufgabe, Stellung der nötigen gewissenhaften Zähler, übernehmen wollte. Da bei der vormaligen Krise dieses Zusammenarbeiten sich in mehreren Großstädten gut bewährt hat, kann das ablehnende Verhalten des Berliner Magistrats nur in dem Sinne gedeutet werden: Man scheint vor dem Umfange des Glanzes zurückzuschrecken.

Die Arbeitslosenversicherung soll von der Reichsregierung nicht zu den erledigten Sachen gelegt werden sein, vielmehr stellt das Reichsamt des Innern über diese hochwichtige Frage Erhebungen und Erwägungen an. Hoffen wir daher dreierlei: 1. Daß diese Nachricht sich bewahrheitet, 2. daß die Erhebungen und Erwägungen nicht Jahrzehnte beanspruchen und 3. daß das Ergebnis dann in Gestalt einer Vorlage an die Öffentlichkeit kommt, hinter der die drei ersten Gesegentwürfe unter der neuen sozialpolitischen Ära weit zurückstehen müßten. übrigens hat der von uns in Nr. 23 erwähnte sozialdemokratische Antrag im bayrischen Landtag, einen Gesegentwurf vorzulegen, der die staatliche Arbeitslosenversicherung in der Form von Zuschüssen zur Arbeitslosenunterstützung an die Gewerkschaften bringt, eine freundliche Aufnahme gefunden. Der Antrag wurde nämlich, nachdem die Regierung sich nicht unympathisch dazu geäußert, freilich auch die großen Schwierigkeiten betont hatte, an den zehnten sozialpolitischen Ausschuss verwiesen. Der christliche Gewerkschaftler und Zentrumsabgeordnete Oswald hatte jedoch den traurigen Mut besessen, pure Ablehnung des Antrages zu empfehlen. Das war einem andern Arbeiterabgeordneten aber zu bunt, und so desavouierte er Oswald unter Beantragung der Verweisung an einen Ausschuss.

In Sachen des Sprachenparagrafen des Reichsvereinsgesetzes will nach einer offiziellen Mitteilung die Regierung keinen Schritt zurückgeben, sondern lieber das ganze Gesetz fallen lassen. Von den freisinnigen Parteien wollen die Süddeutschen jedoch nicht das von der Regierung verlangte Entgegenkommen bezeigen, sondern festbleiben. Die Norddeutschen schweigen sich indes vollständig aus über die von ihnen weiter zu beobachtende Haltung zum § 7. Man kann also sehr gespannt sein, wie dieser Tage die Würfel fallen in dieser hochwichtigen Frage.

Wenn wir in Nr. 19 bei einer schon eingehenden Besprechung des Arbeitskammergesegentwurfes die Ansicht äußerten, nur bei dem Zentralverbande deutscher Industrieller habe Bethmann-Sollwegs drittes Kind eine wohlgefällige Aufnahme gefunden, weil die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ höhnte, von Arbeitskammern könne keine Rede sein, „Arbeitsbeiräte“ hiesse das Kind mit dem rechten Namen, so muß jetzt gesagt werden, daß selbst auf jener Seite Bedenken aufgetaucht sind, denn man schweigt sich später völlig aus über diese Unmöglichkeit. Nun hat dieser Tage der Verein deutscher Arbeitgeber-

verbände — eine neben dem Zentralverbande deutscher Industrieller bestehende Zentrale von Unternehmerverbänden — das Wort ergriffen. Und diese sonst eine kleine Nuance weniger scharfmacherische Zentrale hat einstimmig die Vorlage verworfen! Gerade in der paritätischen Grundlage der Arbeitskammern erblickt der Verein deutscher Arbeitgeberverbände eine schwere Gefahr für die Industrie, weil eine Verschärfung der Gegenstände die Folge sein würde. Das ist schlechterdings zwar unbestreitlich, aber es steht schwarz auf weiß, „man“ will die Parität, die Gleichberechtigung, nicht. Die Mannheimer Handelskammer hat sich ebenfalls ablehnend geäußert, da ihrer Ansicht nach kein Bedürfnis für Arbeitskammern vorliege. Die Mannheimer Handelskammer desavouieren also sogar den Kaiser. Ganz entschieden sprachen sie sich aber extra noch gegen Arbeiterkammern aus. Sie, die eine selbständige gesetzliche Vertretung seit langem begehren, die den Arbeitern überhaupt nicht zugestanden werden soll! Die bairische Regierung beschritt den löblichen Weg, die Ansichten der Arbeiter selbst zu hören. Auf einer in Karlsruhe abgehaltenen Konferenz erklärten die Vertreter der freien Gewerkschaften das Gesetz in der vorliegenden Fassung für unannehmbar. Dieser Erklärung schlossen sich die Hirsch-Dunderdächer und die Christlichen an. Letztere allerdings mit dem Vorbehalte, daß sie Arbeitskammern anstreben, denn in diesen erblickten sie die Dokumente des sozialen Friedens. Auch die württembergische Regierung ließ durch die Gewerbeträger ein Gutachten von den Vertretungen der Arbeiterschaft einholen. Ohne Unterschied der Richtungen wurde die Regierungsvorlage verworfen und einmütig wurden Arbeiterkammern gefordert. Wenn es aber bei dem Systeme der Arbeitskammern verbleiben sollte, müsse territoriale Abgrenzung nach Staaten und Provinzen sowie die Einbeziehung aller gegen Lohn beschäftigten Personen in die Arbeitskammern gefordert werden. Ferner die völlige Gleichberechtigung der Geschlechter, das gleiche und direkte Wahlrecht unter Anwendung des Proporz, Herabsetzung der Mandatsdauer auf zwei Jahre, Einschränkung der Befugnisse des Kammervorsitzenden ufm. sowie Einrichtung eines Reichsarbeitsamtes. Die dritte Abteilung der beim bayrischen Ministerium des Innern errichteten Zentralstelle für Handel, Industrie und Gewerbe lehnte nach eingehender Beratung die Arbeitskammern ab mit den Stimmen der Vertreter der freien Gewerkschaften und der Handwerkskammern, eines christlichen Vertreters und des Münchener Vertreters einer kaufmännischen Organisation, der auch den Technikerverband mit vertrat, gegen die Stimmen der Hirsch-Dunderdächer Vertreter und eines zweiten christlichen Vertreters. Arbeitersekretär Segitz hatte Grundzüge für ein Reichsarbeitsamt, Arbeitsämter und Arbeiterkammern ausgearbeitet, die mit großer Mehrheit angenommen und der Regierung als Material überwiesen wurden. Wie in Baden, Württemberg und Bayern ist auch in Hessen eine Gutachterstelle für Arbeiterangelegenheiten vorhanden, der die Abteilung für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe im Ministerium des Innern untersteht, und welche aus 15 Gewerkschaftlern aller Richtungen gebildet wird. Auch diese Körperschaft tagte zwecks Stellungnahme zum Arbeitsamtergesetze im Beisein mehrerer Regierungsvertreter. Der Entwurf der Reichsregierung wurde von allen erschienenen Mitgliedern verworfen. Schließlich wurde eine allgemeine Übereinstimmung auf folgender Grundlage erzielt: Es sollen in den größten Industrieorten reine Arbeiterkammern errichtet werden, daneben für Bezirke von der Größe eines mittleren Bundesstaates eine paritätisch, sachlich gegliederte Zentralarbeitskammer, ferner an der Spitze ein Reichsarbeitsamt, zu dem die örtlichen Arbeiterkammern und die Bezirksarbeitskammern Vertreter entsenden sollen. Einmütig wurde der Anschluß an die Unfallsversicherungsgesellschaften verworfen und für die Wahl der Arbeiter wie der Unternehmervertreter (mit Einbeziehung der Landwirtschaft und der Hausindustrie) das allgemeine direkte Wahlrecht nach dem Proporz gefordert, Beamte der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen sollen als Vertreter wählbar sein. Die Kosten sollen Gemeinden, Staat und Reich tragen. Es sei mit der Würde und den Interessen der Arbeiter nicht vereinbar, wenn die Unternehmer die Kosten trügen, eventuell könne jedoch die Heranziehung der Arbeiter zur Kostenbedeckung erfolgen. In der „Sozialen Praxis“ übte Professor Grande eine gerade durch ihre Sachlichkeit scharfe Kritik an dem Entwurfe. Die Angliederung an die Berufsgenossenschaften, das widersinnige Wahlsystem, der beamtete Vorsitzende, die Ausschließung so vieler Bezirke, die unverständliche Unterfcheidung zwischen Fabrik und Handwerk und andre Unzulänglichkeiten bilden die Hauptangriffspunkte trotz der grundfälligen Anerkennung der Arbeitskammern. Wenn die territoriale Beschränkung derselben nach dem Regierungsentwurfe bleibe, so, sagt Grande, „liegt die Möglichkeit einer Hemmung der Ausbreitung von nationalen Tarifgemeinschaften vor, die sich jetzt Bahn brechen“. Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ scheint nach derselben Richtung Bedenken zu hegen, denn sie weist darauf hin, daß nach den §§ 2 und 3 die Arbeitskammern das wichtige Gebiet zugewiesen erhalten, „das jetzt von unserer Tarifgemeinschaft mit Erfolg und zur Zufriedenheit der Gewerksangehörigen bearbeitet wird... Wir möchten nur die Kollegen hierauf besonders aufmerksam machen. Sie haben alle Ursache, darüber zu machen, daß im Werdegange des Gesetzes die Interessen des deutschen Buchdruckergewerbes gewahrt werden.“ Es klingen hier also große Bedenken durch, die Arbeitskammern könnten

stehend in unsre Tarifgemeinschaft eingreifen. Nach unserer Meinung eine berechtigte Behauptung. Denn für das Buchdruckergewerbe würden mindestens zwei Arbeitskammern errichtet werden, und wenn diese auch ihren Wirkungskreis über ganz Deutschland erstrecken würden, so wäre doch bei der Auseinanderhaltung von Fabrik- und Handwerksbetrieb sowie der Ausschließung des letzteren von den Arbeitskammern ein sehr störender und gefährlicher Dualismus geschaffen. Unsere Tarifgemeinschaft macht aber keinerlei Unterschiede zwischen den Betriebsarten, sie schließt und muß alles zusammenfassen, was im Gewerbe vorhanden ist. Die „Zeitschrift“ kritisiert deshalb die Auseinanderziehung der Gewerksangehörigen recht scharf, wir als Arbeitnehmer bekämpfen die Vorlage aus diesem Grund auch besonders energig. In der nächsten Nummer werden wir die Urteile der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen selbst bringen.

Die Angestellten der Alsterdampfboote in Hamburg wurden ausgesperrt, weil sie die ihnen dekretierten schlechtesten Arbeitsbedingungen nicht annehmen wollten. — Die Konfektionsarbeiter in Fehnhäusen (Bayern) waren siegreich bei ihrem Streik.

In Drebro (Schweden) sind 1000 Schuhfabrikarbeiter ausständig.

Eingänge.

Schweizer Graphische Mittheilung. Redaktion und Verlag: Aug. Müller in St. Gallen. 26. Jahrgang. Heft 12. Preis pro Halbjahr (12 Hefte) 4.50 Mk.

Haberlands Unterrichtsbriefe für das Selbststudium der französischen Sprache. Mit der Aussprachebezeichnung des Weltlautschriftvereins (Association phonétique internationale) von Rektor S. Michælis und Prof. P. Passy. II. Kursum. Brief 21 bis 25. Preis je 75 Pf. Verlag: E. Haberland in Leipzig-R., Silenburgerstr. 10/11.

Briefkasten.

J. A. in Karlsruhe: Diese persönliche Streitfrage lassen wir im „Korr.“ nicht wieder aufröhlen. Das übrige kommt zum Abdruck. — B. K. in M.: Das geht denn doch nicht, im „Korr.“ die traurigen Nachtwächteröhne in Würfeln zur Sprache zu bringen. Da wären andre Sachen wohl näherliegender, wenn der Raum der „Rundschau“ eine größere Ausdehnung zuließe. — Schm. in Berlin: Von 25jährigen Geschäftsjubiläen ankündigend oder referierend im „Korr.“ Notiz zu nehmen, würde ins Uferlose führen. — Th. B. in Bonn: 4,30 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechanstalt VI. 11191.

Bezirk **Driesland**. Der Drucker Willi Müller aus Hannover (67 102), vom 10. 12. 07 bis 15. 2. 08 in Weener in Kondition, jetzt angeblich in der Druckerei des Stephansstifts in Hannover, wird aufgefordert, die vier restierenden Beiträge unverzüglich einzulösen, andernfalls Ausschluß beantragt wird. Auch wolle M. sein Quittungsbuch einreichen. Die Herren Vertrauensmänner wollen M. auf vorstehendes aufmerksam machen.

Hensburg. Der Seher Adolf Schmidt aus Norden, ohne Buch von hier abgereist, wird aufgefordert, 3,55 Mk. portofrei an den Kassierer Robert Meyer, Jürgensgärder Straße 60, einzulösen, andernfalls Ausschluß beantragt wird.

Adressenveränderungen.

Bezirk **Darmstadt**. Vorsitzender: Wilh. Knoblauch, Darmstadt, Röhning 59; Kassierer: Friedr. Böhm, Oberstadt b. Darmstadt, Darmstädter Straße 75.

Bezirk **Mainz**. Vorsitzender: Friedrich Conradi, Mauritsenplatz 6, II; Kassierer: Wilh. Böttiger, Binger Straße 8.

Gelsenkirchen. Kassierer: August Burmes, Neustraße 16, Ecke Elisabethstraße.

Schwinfurt. Vorsitzender: Konr. Spieß, Friedhofstraße 3, I.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Bad Harzburg der Seher Erich Siebert, geb. in Radeberg b. Dresden 1890, ausgl. in Wernigerode 1908; war noch nicht Mitglied. — Wilh. Neuler in Braunschweig, Rastaniellenallee 40a.

In Breslau 1. der Seher Paul Wegel, geb. in Berlin 1883, ausgl. das. 1901; war schon Mitglied; 2. der Stereotypur Otto Laug, geb. in Breslau 1886; war noch nicht Mitglied. — S. Härtel, Friedrichstr. 100a, II.

In Darmstadt der Seher Peter Wilh. Hauf, geb. in Darmstadt 1881, ausgl. in Dillenburg 1899; war schon Mitglied. — Wilh. Knoblauch, Röhning 59.

In Elberfeld 1. der Seher Fritz Bengler, geb. in Elberfeld 1889, ausgl. das. 1908; 2. der Drucker Heim. Ulrich, geb. in Elberfeld 1889, ausgl. das. 1908; waren noch nicht Mitglieder. — Heinrich Marschall, Humboldtstraße 53, II.

In Emden der Seher Wilh. Herzer, geb. in Emden 1880, ausgl. das. 1908; war noch nicht Mitglied. — Zu Emsen der Seher Karl Harms, geb. in Emsen 1880, ausgl. das. 1908; war noch nicht Mitglied. — Ludw. Kromminga in Leer, Königstraße 38.

In Essen die Seher 1. Heinrich Kaiser, geb. in Essen 1885, ausgl. das. 1903; 2. Johann Daubenfeld,

geb. in Luxemburg 1883, ausgl. in Remich 1901; waren schon Mitglieder. — In Gelfentrichen der Sezer Rich. Springer, geb. in Gelfentrichen 1889, ausgl. das. 1907; war noch nicht Mitglied. — Otto Kraus in Essen-Künten-scheid, Alfredstraße 1a.

In Frankfurt a. M. 1. der Sezer Heinrich Vorn, geb. in Uffingen i. L. 1882, ausgl. das. 1900; die Drucker 2. Wilh. Quintling, geb. in Vodenheim 1888, ausgl. das. 1908; 3. Georg Schulmeyer, geb. in Mürfelden i. H. 1889, ausgl. in Frankfurt a. M. 1908; 4. der Vulkaniseur Jean Haeter, geb. in Trub (Ranton Bern) 1888, ausgl. in Uffel 1906; waren noch nicht Mitglieder; die Sezer 5. August Schmidtpott, geb. in Schütmar 1883, ausgl. in Salgassen 1901; 6. Karl Pieber, geb. in Hofgeismar 1885, ausgl. das. 1904; waren schon Mitglieder. — Heinrich Baum, Neuhofstraße 12, I.

In Rugeburg der Sezer Johannes Ganz, geb. in Stolberg a. S. 1857, ausgl. in Berlin 1877; war schon Mitglied. — Martin Prüter in Kiel, Schauenburger Straße 34, p.

In Tauberbischofsheim die Sezer 1. Jos. Schimpf, geb. in Dittigheim 1876, ausgl. in Tauberbischofsheim 1897; 2. Valentin Sönig, geb. in Hochhausen 1878,

ausgl. in Tauberbischofsheim 1898; waren noch nicht Mitglieder. — R. Schneider in Heidelberg, Obere Neckarstraße 11b.

In Budapest der Sezer Otto Lubing, geb. in Berlin 1866, ausgl. das. 1884. — Joseph Siegfried, VIII, Pölzeputza 2.

Versammlungskalender.

- Sachsen.** Versammlung Samstag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale, Wupperstraße 11.
- Sachsen.** Versammlung Samstag, den 14. März, abends 8 Uhr, in der „Vereinsbrauerei“.
- Slankenburg (Sax.).** Versammlung Sonnabend, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale (Dito Heilm.).
- Darmstadt.** Maschinensezer Versammlung Sonnabend, den 14. März, abends 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Kolleg 31.
- Eberswalde.** Bezirksversammlung Sonntag, den 28. März, vormittags 9 1/2 Uhr, in Eberswalde im Gewerkschaftshaus Restaurant „Zur Mühle“, Giedwitzer Straße. Einträge sind bis zum 16. März an den Vorsitzenden Walter Mabel, Altenplatz 11, einzuweisen. Näheres durch Zirkular.
- Elberfeld.** Versammlung Samstag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“.
- Elmhorn - Garmstede.** Versammlung Sonnabend, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Café Witten“.

Glögan. Versammlung Sonnabend, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Bitoriahotel“, Brühlstraße. **Görlitz.** Maschinenmeister Versammlung Sonnabend, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, in Grinders Restaurant, Zirkularmarkt.

Halle a. S. Bezirksversammlung Sonntag, den 20. März, vormittags 11 Uhr, im „Volkspark“, Burgstraße 27. Einträge sind bis zum 22. März an den Bezirksleiter einzureichen. Tagesordnung durch Zirkular.

Hannover. Maschinensezer Versammlung Sonntag, den 15. März, vormittags 11 Uhr, im Vereinslokale (Wiedbraud). **Heidelberg.** Versammlung Samstag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Eiffelhaus“.

Hehe. Versammlung Sonnabend, den 14. März, im Vereinslokale.

Kiel. Maschinensezer Versammlung Sonntag, den 15. März, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Zimmer 5.

Köpenick-Griebnitzbogen. Versammlung Sonnabend, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, in Köpenick im Restaurant Witter, Bahnhofsstraße 44.

Planen. Maschinensezer Versammlung Sonntag, den 16. März, vormittags 11 Uhr, in Falkenstein im Gasthaus „Zum goldenen Stern“.

Potsdam. Versammlung Sonnabend, den 14. März, abends 9 1/2 Uhr, im Restaurant Leduthen, Kaiser-Wilhelm-Straße. **Quedlinburg.** Versammlung Sonnabend, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Reichskanzler“.

Wiesbaden. Maschinenmeister Versammlung Sonntag, den 15. März, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Zentonia“, Weichstraße 14.

Tüchtiger Schriftgießereifaktor

an selbständiges Arbeiten gewöhnt, bei hohem Gehalte gesucht. Angabe der seitherigen Tätigkeit und des Gehaltsanspruches unter Beifügung von Zeugnisabschriften erbeten.

Gehr. Klingspor, Offenbach a. M.

Wegen Todesfalles ist die Stelle eines Höbehoblers

sofort zu besetzen. Herren, welche sich dazu qualifizieren, wollen Offerten einliefern.

Schriftgießerei Zanker, Nürnberg.

Nottblsch. Drucker, mit Klein. (tägl.) Ztg. (Kontz- und Vereinsanzeiger) u. viel. (Hgd. in Ort mit 3000 Einw., 3 gr. Fabr., elektr. Kraft, in Franken, Bombenische Gegend, ist für 7500 Mk. dar zu vert. Werte Df. n. „Sofort 639“ an d. Geschf. d. Bl. erb.

Galvanoplastiker (Präger) sofort gesucht. Karl Kind jr., Vielefeld. [488]

Galvanoplastiker im Norden sucht suchen. **Yolig & Geisler, Leipzig, Königstr. 27.**

Tüchtige Zeiggrabenre finden bei hohem Lohne jetzt oder später dauernde Stellung. **H. Georgi, Offenbach a. M., Bettinstraße 33.**

Schnellpressenmonteur routiniert in selbständigen Reparaturen von Buch- und Steindruckpressen, sucht zum 23. März oder später Stellung. **Werte Offerten unter E. G. 100 postf. Dresden erb. [551]**

Typographseker langjährige Praxis, mit dem Mechanismus der Maschine vollkommen vertraut, sucht zum 23. März oder später Stellung. **Werte Offerten unter E. G. 100 postf. Dresden erb. [551]**

Tüchtiger Sezer für Wert (auch ungar. und hebr.) sucht angenehme Kondition. **Werte Offerten unter J. H. 648 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.**

Gautschbriefe in prächtigem Vierfarben-Buchdruck auf feinstem Endsteinpapier hergestellt, 33-50 M. pro Stück 1.50 Mk. portofrei. **E. Freig, Frankfurt a. M., Böttgerstr. 25.**

Vorlagen für musterartige Druckarten, die in der Praxis auch wirklich ausführbar sind, entfällt regelmäßig die B.-Ausgabe der „Druck- und Buchdruck“, Berlin. **Bezugspreis nur 1 Mk. pro Vierteljahr (26 Nummern). Bestellungen bei den Postämtern.**

Nächste Vorlagentafel: **Multifizierte Anzeigen, aus vorhandenen Materialen gefest von Kromnow bei Gebüder Feyl, Berlin. [54]**

Geeignete Entwürfe werden jederzeit angekauft.

Stuttgarter graph. Versandhaus Th. Leibus, Gutenberg-Strasse Nr. 4.

Lager in Maschinen, Schriften u. Utensilien für Druckereien, Werkzeuge G. Gehlens, Tomplaten, Gautschbriefe, Bleikugeln, 5b. Schmutz, Blusen, Schutzanzüge. **Illustr. Preisliste gratis u. franko.**

TYPOGRAPHIA Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgesser.

Gegr. 1879. — Chormeister: Alexander Weinbaum. — Gegr. 1879.

Sonntag, den 22. März, in der „Neuen Welt“ (Hasenheide):

:: :: KONZERT :: ::

MITWIRKENDE: Joseph M. van Veen (Violine), Hugo Birkigt (Violine), Richard Heber (Viola), Max Zeldler, Königlicher Kammermusiker (Cello), Joh. Kapell (Klarinette), Alexander Weinbaum (Harmonium).

Anfang 6 Uhr. :: Eintritt 50 Pf., an der Kasse 60 Pf., Kinder 20 Pf. — Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.

Eintrittskarten erhältlich im Vereinsbureau, im Bureau der Ortskasse, bei den Vereinsboten sowie bei den aktiven Mitgliedern.

561] DER VORSTAND.

Arbeitsuchende erhalten den **Graphischen Arbeitsmarkt** bereits 5 Stunden nach Aufgabe der Einzeligen Montags und Donnerstags durch alle Postämter des Deutschen Reiches zum Bezugspreise von 9 Pf. pro Monat. **Verbergen, Verfehlenslokalen, Arbeitsnachweise von Buchdruckern wird das Monocement zurückvergütet.**

„Buchdrucker-Woche“ Berlin SW-68, Zimmerstraße 6.

Notationsmaschinenmeister für achtheilige Frankenthaler Maschine, welcher an solcher schon längere Zeit gearbeitet hat. **Dogelichen einen tüchtigen Stereotypen** mit der Hand- und Flachstereotypie vertraut. **Eintritt 23. März. Gesuche nebst Gehaltsanpr. und Angabe über bisherige Tätigkeit erb. an Zeitungsverlag „Volkshaus“, Woch. u. Südbollweg 1. [516]**

Schriftgießer für amerik. Hohlstegmaschine erhält sofort dauernde Beschäftigung. **Schriftgießerei Emil Gursch, Berlin SW 29, Gneisenaustraße 27. [555]**

Justierer in dauernde Kondition. **[533]** **Schriftgießerei J. D. Gessner & Sohn, Utoia (Gib).**

Matrizenpulver „Mansilla“. Eines Fabrikat, 100 kg 40 Mk., ein modernes, schnell trocknendes Pulver für Warm- und Kaltstereotypie. **Lager in Stereotyppapier, Metallreliefpulver 3 kg 1,50 Mk., Bunzelpulver 10 Pf., Klopffirsten, 10 23, 15,50 Mk. Matrizenpulver für Naß- und Trockenstereotypie. [288]**

Galvanoplastiker im Norden sucht suchen. **Yolig & Geisler, Leipzig, Königstr. 27.**

Schnellpressenmonteur routiniert in selbständigen Reparaturen von Buch- und Steindruckpressen, sucht zum 23. März oder später Stellung. **Werte Offerten unter E. G. 100 postf. Dresden erb. [551]**

Typographseker langjährige Praxis, mit dem Mechanismus der Maschine vollkommen vertraut, sucht zum 23. März oder später Stellung. **Werte Offerten unter E. G. 100 postf. Dresden erb. [551]**

Tüchtiger Sezer für Wert (auch ungar. und hebr.) sucht angenehme Kondition. **Werte Offerten unter J. H. 648 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.**

Gautschbriefe in prächtigem Vierfarben-Buchdruck auf feinstem Endsteinpapier hergestellt, 33-50 M. pro Stück 1.50 Mk. portofrei. **E. Freig, Frankfurt a. M., Böttgerstr. 25.**

Vorlagen für musterartige Druckarten, die in der Praxis auch wirklich ausführbar sind, entfällt regelmäßig die B.-Ausgabe der „Druck- und Buchdruck“, Berlin. **Bezugspreis nur 1 Mk. pro Vierteljahr (26 Nummern). Bestellungen bei den Postämtern.**

Stuttgarter graph. Versandhaus Th. Leibus, Gutenberg-Strasse Nr. 4.

Lager in Maschinen, Schriften u. Utensilien für Druckereien, Werkzeuge G. Gehlens, Tomplaten, Gautschbriefe, Bleikugeln, 5b. Schmutz, Blusen, Schutzanzüge. **Illustr. Preisliste gratis u. franko.**

Das notwendigste und vollkommenste Hilfsmittel für Alt- und Wert- und Zeitungsetzer ist mein **Typographisches Maß** mit Viertel-, Halb-, Ganz-, Zentimeter- und Zentimeter-Einteilung, 3 Stück 20 Pf., v. 10 Stück ab franco: **E. Freig, Frankfurt a. M., Böttgerstr. 25.**

Erstklassige Fahrräder und Zubehör, liefert billigst, auch auf Teilzahlung. **Vertreter gesucht. Katalog gratis, Hans Crome & Co., Einbeck 261.**

Brachtkinderwagen **Verbocke** sich selbstständig auf u. niederbewegend, erhalten Sie elegant zum Fabrikpreise. **10 Proz. Rabatt direkt von der Kinderverkehrfabrik. Zul. Vertbar in Grimma 625.**

Graphische Vereinigung Dresden Freitag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr: **SITZUNG** im Vereinslokale, Amalienstrasse 12, I. **Recht zahlreiches Erscheinen erwartet. D. V. [654]**

Stensburg. Versammlung. **Tagesordnung:** 1. Wahl der Vergütungskommission; 2. Beratung der Gantagsbeschlüsse; 3. Bericht des Vorstands. **NB. Die Stimmentafel zur Gantagsdelegiertenwahl sind bis zum Sonnabend einzuliefern.**

U. Angabe des Rotationsmaschinenmeisters Ewald Gerlach, freigeig. in Halle i. S., wird gebeten, damit derselbe alle Zeige vernommen werden kann. Diskretion selbstverständlich. Ankosten werden vergütet. [557] **Justizrat Kiemer, Halle a. S.**

Anhang zum Tarife von **Konrad Gidler, Leipzig, Salomonstr. 8.** **Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Porto). Bestellungen nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie der Herausgeber entgegen.**

„Die graph. Künste der Gegenwart“ von Th. Göbel, 31 Bg., Prachtausg. m. v. Illustr. u. Farbendruck. **1. 14 Mk. (Ladenpr. 24) verläufig. A. Klein, Berlin, Planufer 94. [552]**

Todesanzeige. Am 9. März starb in Ahrweiler unser lieber Kollege **Bernhard Stewen** aus Recklinghausen im Alter von 50 Jahren an Lungentarrh. Als Kollege wie als Verbandsmitglied hat er sich viel Wertschätzung erworben und werden wir ihm ein stets ehrendes Gedenden bewahren. **Der Bezirk Bonn.**

Nachruf! Am 2. März verschied in Offenbach am Main infolge Magenblut der Gießerkollege **Karl Müller** im 34. Lebensjahre, und am 6. März in Frankfurt a. M. der Setzerkollege **Gustav Hofmann** im 72. Lebensjahre infolge Arterienverkalkung. **Das Andenken der beiden Verstorbenen hält stets in Ehren [550]** **Der Bezirksverein Frankfurt a. M.**

Heute verstarb plötzlich unser Kollege, der Setzer **Paul Knaack** aus Schwerin i. M. im 34. Lebensjahre. **Er ruhe in Frieden!** **Lübeck, 7. März 1908.** **Buchdruckerverein in Lübeck.**

Am 8. März verschied nach langem Leiden unser werter Kollege, der Drucker **Kurt Hellmuth** im Alter von 25 Jahren. **Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren [565]** **Die Kollegen der Firma Dr. Tronker & Co., Stötteritz bei Leipzig.**

U. v. Gidler zu befragen, welche man alle für den „Anhang“ bestimmten Geldsendungen nicht an die Geschäftsstelle oder Expedition des „Anhang“, sondern an **Konrad Gidler** adressieren.